Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt" und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 5. **Freitag, den 7. Januar 1910.** **17. Jahrg.**

Hierzu eine Beilage.

Der englische Vorschlag.

Man hätte einen sympathischeren Ausblick in das neue Jahr gewinnen können, wenn die von England angeregte Abrüstung zur See der Verwirklichung nur einigermaßen näher gekommen wäre. Das ist aber nicht der Fall, und so wird das Jahr 1910 allem Anschein nach nur wieder eine Steigerung der Rüstungen und damit der Kriegsgefahr bringen.

Um nicht mißverstanden zu werden, wollen wir gleich betonen, daß wir nicht so naiv sind, den Abrüstungsvorschlag der englischen Regierung für den Ausfluß eines dort herrschenden Idealismus zu halten. Uns bleibt es so wenig wie anderen Leuten verborgen, daß die englische Anregung aus den nüchternsten Erwägungen hervorgeht, und wir wünschen nur, es möchten diese Erwägungen auch bei uns an Stelle des Flottendusels treten.

In England kennt man nämlich besser als bei uns, was es heißt, mit Staatsschulden überlastet zu sein. Als seinerzeit Napoleon als Gefangener nach St. Helena abgeführt wurde, sagte er schadenfroh, er habe England genötigt, einen Berg von Staatsschulden aufzutürmen, an dem es noch lange abzutragen haben werde. In der Tat hat diese Schuldenlast viel dazu beigetragen, die inneren Krisen, denen England nach den napoleonischen Kriegen ausgesetzt war, zum Ausbruch zu bringen. Diese Erfahrungen sind es wohl, welche die englische Regierung zur Vorsicht gemahnt haben. Gehen die Rüstungen so weiter und England will den Zweimächte-Standard aufrecht erhalten, d. h. immer den zwei größten feindlichen Flotten allein gewachsen bleiben, so muß es sich gleichfalls in unabsehbare Schulden stürzen, was um so bedenklicher, als der Imperialismus in England über kurz oder lang die Errichtung eines stehenden Landheeres nach dem Muster der kontinentalen Staaten durchsetzen wird. Daran knüpfen sich eine Reihe anderer Konsequenzen, die sich auf die Wirtschafts- und Handelspolitik Englands beziehen. Diesen wollte die englische Regierung, so viel als noch möglich, vorbeugen, und aus diesem Bestreben entsprang die Anregung zur Abrüstung zur See.

So nüchtern können aber die „nationalen" deutschen Parteien die Sache nicht betrachten. Der Flottendusel läßt ihnen alles verzerrt erscheinen. Hinter dem Abrüstungsvorschlag wittern sie eine infernalische Hinterlist, obwohl man auch keine Spur einer solchen nachweisen kann. Statt zu begreifen, daß es der praktische Sinn der Engländer ist, der diese einen Stillstand in Rüstungen wünschen läßt, denken sie nur daran, die englische Regierung wolle einen Vertrag herbeiführen, um Deutschland zum Stillstand in den Rüstungen zu bewegen, während England das benutzen würde, um die Überlegenheit seiner Seemacht zu vermehren.

Auf die Gefahr hin, von grimmigen Flottenpatrioten als „schlechte Deutsche" angeschnarcht zu werden, behaupten wir, daß die Schuld, wenn es zu keinem Stillstand in den Flottenrüstungen kommt, durchaus auf deutscher Seite liegt. Denn die „nationale" Presse ist fast einstimmig darin, daß an einen Stillstand erst gedacht werden könne, wenn der deutsche Flottenplan vollständig durchgeführt sein wird, also im Jahre 1917. Diese Anschauung ist wohl auch bei der Regierung vorhanden. Also sieben Jahre soll noch weiter gerüstet werden. Was bis dahin geschehen kann, wer kann das voraussehen? In diesen sieben Jahren kann der gefürchtete große Zusammenstoß eintreten; es können auch finanzielle Krisen und Erschütterungen kommen, die niemand voraus zu berechnen vermag. Jedenfalls hoffen unsere Flottenpatrioten, daß es in dieser Zeit doch gelingen könne, eine deutsche Seemacht herzustellen, die der englischen „einigermaßen wenigstens" gewachsen ist.

Daß diese Hoffnung eine trügerische ist, brauchen wir nicht erst im Detail nachzuweisen. Deutschland hat dazu einmal gar nicht die Mittel und England wird diese Konkurrenz nie über ein gewisses Maß hinaus anwachsen lassen, ohne seine Macht entsprechend zu vermehren.

Jedenfalls liegt in der englischen Anregung eine Warnung, die man beherzigen sollte. Die „Einkreisung" Deutschlands ist vollendet; der Dreibund ist gesprengt! Italien ist an orientalische Interessen gefesselt, die es ins russische Schlepptau gebracht haben, und Österreich wird von Jahr zu Jahr ein unzuverlässigerer Bundesgenosse. Ohnedies droht das Habsburgische Reich bei der nächsten großen Erschütterung in seine verschiedenartigen Bestandteile zu zerfallen.

Drum werden es sich die Leiter der englischen Politik überlegen, wie lange sie das Wettrüsten noch mitmachen und die Schulden des Landes vermehren wollen. Es kann kommen, daß das englische Volk mit den wachsenden Lasten so unzufrieden wird, daß der englischen Regierung gar keine andere Wahl bleibt, als loszuschlagen. Und dann haben wir die Weltkatastrophe, in der Deutschland so ziemlich, im schlimmsten Fall ganz allein steht.

Vielleicht ist dies die letzte günstige Gelegenheit, der drohenden Katastrophe noch einmal vorzubeugen. Wir hören so oft, daß die Beziehungen zwischen Deutschland und England in der letzten Zeit besser geworden seien. Bei den Massen ganz gewiß; da hat überhaupt keine Feindschaft bestanden und die Beziehungen zwischen den Arbeitern diesseits und jenseits des Kanals sind enger geworden. Aber die Feindschaft zwischen der deutschen und der englischen Handelswelt ist geblieben und vom Junkertum wird ein gewisser traditioneller Engländerhaß, zu dem gar kein Grund vorhanden, unausgesetzt geschürt. Die Wirkung ist, daß es zu einer Verständigung in der Rüstungsfrage nicht kommt.

Im deutschen Bürgertum betrachtet man den Zusammenstoß mit England als etwas Unvermeidliches, „das doch einmal kommen muß". Diese Resignation, die so ganz dem sonstigen Niedergang unseres Bürgertums entspricht, ist ein Zeichen, daß diese Klasse schon zu sehr „zusammenregiert" ist, um sich noch zu einer kräftigen Opposition gegen eine verkehrte Politik erheben zu können; sie läßt sich vom Geschrei der Flottenpatrioten täuschen und einschüchtern.

So treiben wir der großen Katastrophe entgegen, die bei einigem guten Willen leicht vermieden werden könnte. Man müßte nur den Engländern ohne Hintergedanken entgegenkommen. Allein dazu scheint keine Aussicht zu sein.

Deutschland kann bei einem solchen Kampfe sehr viel verlieren und kaum etwas gewinnen. England kann auch viel verlieren, aber auch viel gewinnen. Da sollte man doch die Gelegenheit ergreifen. Ein Vertrag, der eine Abrüstung oder einen Stillstand in den Rüstungen herbeiführen würde, könnte niemals nachteilig oder unehrenhaft werden. Aber in der „hohen" Politik ist gewöhnlich nicht selbstverständlich, was bei „gewöhnlichen" Menschen durchaus selbstverständlich ist.

Politische Rundschau

Deutschland.

Mittelstand und Hinterbliebenenversicherung.

Zu diesem Kapitel wird offiziös geschrieben: „Aus den Kreisen der selbständigen Gewerbetreibenden ist wiederholt darauf hingewiesen worden, daß für die Alters- und Invalidenversicherung ein geringeres Bedürfnis bestehe, als für die Hinterbliebenenversicherung. Und hierin dürfte auch der Grund dafür liegen, daß von der freiwilligen Versicherung bisher so wenig Gebrauch gemacht worden ist. Nun soll aber die neue Fürsorge den Hinterbliebenen aller derjenigen Personen zugewendet werden, die auf Grund der Versicherungspflicht, der Selbstversicherung oder der Weiterversicherung der Invalidenversicherung unterstellt sind oder in Zukunft unterstellt werden. Hierdurch wird die Hinterbliebenenfürsorge auch manchen Kreisen des Mittelstandes zugute kommen. Denn viele selbständige Gewerbetreibende und Betriebsunternehmer sind früher unselbständig und daher versicherungspflichtig gewesen; sie sind also in der Lage, durch Selbstversicherung oder Weiterversicherung ihren Hinterbliebenen die Vorteile der neuen Fürsorge zuzuwenden. Nun ist allerdings anzunehmen, daß nur solche Personen von diesen Versicherungen freiwillig Gebrauch machen werden, die verheiratet sind und fürsorgeberechtigte Kinder haben. Es werden daher fast bei jedem Todesfall eines freiwillig Versicherten Renten zu zahlen sein, während bei den Pflichtversicherten, unter denen durchschnittlich nur 46 Proz. Verheiratete sind, kaum aus der Hälfte der Todesfälle Ansprüche erwachsen. Um nun die freiwillig Versicherten nicht auf Kosten der Pflichtversicherten zu begünstigen, soll die Zahl der freiwillig geleisteten Beiträge bei der Bemessung der Hinterbliebenenbezüge nur zur Hälfte angesetzt werden. Aus den gleichen Gründen wird es ausgeschlossen sein, ein schon erloschenes Versicherungsverhältnis durch freiwillige Beitragsleistung neu aufleben zu lassen. Allerdings dürfte beim Inkrafttreten der Hinterbliebenenversicherung ein Übergangsstadium geschaffen werden, um auch den früher Versicherten die Vorteile der neuen sozialen Fürsorge zu gewähren."

Man wird sich diese Seite der Reform sehr genau anzusehen haben, wenn der revidierte Entwurf einer Reichsversicherungsordnung vorliegt.

Die Einfuhrscheine.

Der neue Staatssekretär des Reichsschatzamtes Wermuth läuft Gefahr, sich bei den Agrariern verhaßt zu machen. Er will die Geltung der Einfuhrscheine einschränken. Die offiziösen „Berliner Politischen Nachrichten" schreiben nämlich:

„Nach § 11 des Zolltarifgesetzes vom Jahre 1902, das bekanntlich am 1. März 1906 in Kraft trat, werden bei der Ausfuhr von Roggen, Weizen, Spelz, Gerste, Hafer, Buchweizen, Hülsenfrüchten, Raps und Rüben aus dem freien Verkehr des Zollgebietes, wenn die ausgeführte Ware wenigstens 5 Doppelzentner beträgt, auf Antrag des Warenführers Einfuhrscheine erteilt, die den Inhaber berechtigen, innerhalb einer gewissen Frist eine dem Zollwerte der Einfuhrscheine entsprechende Menge einer der vorgenannten Waren ohne Zollentrichtung einzuführen. Die Ermächtigung ist weiter auf Kaffee und Petroleum ausgedehnt. Durch die Bestimmung werden die Zolleinnahmen von Jahr zu Jahr mehr beeinflußt. In der Zeit vom Januar bis November 1907 wurden 41,8 Millionen Mark Zölle mit Einfuhrscheinen beglichen, im gleichen Zeitraum 1908 78,9 Millionen Mk. und 1909 **80,9** Millionen Mark. Der Staatssekretär des Reichsschatzamtes hat in seiner, die letzte Etatsdebatte des Reichstages einleitenden Rede davon gesprochen, daß hinter die Schätzung der Zolleinnahmen im Jahre 1909 das Fragezeichen der Einfuhrscheine träte, und damit betont, daß die Entwickelung der Einrichtung der Einfuhrscheine die Zolleinnahmen des laufenden Jahres und namentlich diejenigen, die für den Hinterbliebenenversicherungsfonds in Betracht kommen, ungünstig beeinflussen könnte. Die neuerliche Entwickelung der Ein- und Ausfuhr, namentlich in Hafer, scheint dem Reichsschatzsekretär recht geben zu wollen. Beim Hafer war bis Ende Oktober die Ausfuhr kleiner gewesen als die Einfuhr. Im Monat November hat sich das Bild aber wieder ganz verschoben. Einer Einfuhr von 412 751 Doppelzentnern steht eine Ausfuhr von 546 526 Doppelzentnern gegenüber. Steigert sich die Ausfuhr nun so weiter, so ist damit zu rechnen, daß in den letzten Monaten des laufenden Finanzjahres wieder eine beträchtliche Summe von Zöllen durch Einfuhrscheine für Hafer beglichen werden, und daß damit die Zolleinnahme eine Minderung erfahren wird. Eine derartige Entwickelung bedeutet vom finanzpolitischen Standpunkt eine große Schwierigkeit für die Feststellung und Festhaltung der Einnahmen des Reiches. . . .

Der Reichstag hat seinerzeit das Ersuchen ausgesprochen, daß die ganzen Verhältnisse durch eine Denkschrift geklärt werden möchten. Diese Denkschrift ist im Reichsschatzamt bereits aufgestellt und unterliegt zurzeit der Prüfung der mitbeteiligten Verwaltungen des Reiches und Preußens. Sobald die Denkschrift dem Reichstage zugegangen sein wird, wird sich Anlaß bieten, die oben berührte wichtigte Frage einer eingehenden Erörterung zu unterziehen."

Das Motiv der Geltungsbeschränkung der Einfuhrscheine ist also nicht die Einsicht in die Ungerechtigkeit des heutigen Systems, sondern der Wunsch, die Zolleinkünfte des Reiches zu steigern. Aber welchen Motiven auch der Versuch entspringt, den Agrarkonservativen ist jede Einschränkung des Geltungsbereichs der Einfuhrscheine zuwider. Ihnen bringt das heutige System reichen Segen — folglich ist es nach ihrer Logik nicht nur berechtigt, sondern auch für das deutsche Vaterland höchst nützlich. Wir werden deshalb in den nächsten Tagen wieder in bekannten lächerlichen Tiraden über die Gefährdung der Landwirtschaft, die Notlage des Getreidebaus usw. in der konservativen Presse lesen.

Aus der polnischen Reichstagsfraktion.

Der polnische Reichstagsabgeordnete v. Chrzanowski, der Vertreter des Wahlkreises Posen-Stadt, hat dem „Dziennek" zufolge sein Mandat endgültig niedergelegt. Arbeitersekretär Soninski-Bochum ist als Kandidat in Aussicht genommen.

Amüsante Widersprüche.

Possierlich ist es, wie sich die Presse der Ritter und Heiligen mit dem Parteitag der preußischen Sozialdemokratie abfindet. Junker und Zentrum sind zwar einig in der Absicht, dem Volke seine Rechte so lange als möglich vorzuenthalten; aber über die Bedeutung des „Preußentages" gehen ihre Ansichten in der schnurrigsten Weise auseinander. So schreibt die „Märkische Volkszeitung", der Ableger der „Germania":

„Der „Preußentag" der Sozialdemokraten nahm einen gemütlichen Verlauf; die Debatten sahen aus, als ob lauter alte Spießbürger zu einem Frühschoppen zusammengekommen seien, wobei es immer auch einige gibt, die mit der Faust auf den Tisch schlagen. Daß eine Resolution in der Frage der Wahlrechtsreform Annahme fand, ist selbstverständlich, und daß in dieser das Zentrum verdächtigt wird, überrascht auch niemand. Erhöhte Beachtung verdient, daß die Genossen sich nun auf die Kreis- und Bezirksausschüsse werfen wollen, um dort ihren Einzug zu halten. Der ganze „Preußentag" — wie ihn die Genossen nennen — war nicht die Reisekosten wert, die er verursacht hat."

Während sich hier das böse Gewissen hinter gekünstelter Geringschätzung verbirgt, schreit die Angst der agrar-

rischen Schnapphähne bereits nach der Polizei. Zetert doch die „Deutsche Tageszeitung“:

Man hat sich gehütet, in der Resolution die Teufel der Straßendemonstrationen und des Massenstreiks an die Wand zu malen. Wohl aber hat man in Aussicht gestellt, daß man, um das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht in Preußen zu erkämpfen, von allen, selbst den schärfsten Mitteln Gebrauch machen werde. Der sozialdemokratische Redner hob unter dem Beifall der Versammlung mit großer Entschiedenheit hervor, daß die Sozialdemokratie ernsthaft entschlossen sei, alle denkbaren und möglichen Mittel anzuwenden und daß sie sich vorbehalte, den Zeitpunkt zu bestimmen, zu dem die Anwendung dieser Mittel erfolgen solle. Damit werden die bürgerlichen Parteien und die maßgebenden Kreise unbedingt zu rechnen haben. Es wäre kurzsichtig und töricht, wenn man nicht auf alles gefaßt sein wollte. Zunächst werden wohl die Herren einen allgemeinen Massenstreik nicht wagen, und sie werden auch mit den Demonstrationen etwas vorsichtig sein. Jedenfalls werden sie aber ihre Leute im Feuer exerzieren. Deshalb ist es die unabweisbare Pflicht der verantwortlichen Behörden, dafür zu sorgen, daß diese Exerzierübungen in ihren Anfängen überwacht und möglichst gehindert werden. Nur wenn revolutionäre Kundgebungen und Maßnahmen im Keime erstickt werden, bleiben sie ungefährlich. Schwächliche Duldsamkeit fördert lediglich die Gefahr.“

Was soll nun die brave Polizei glauben?

Die Reformpläne des Schatzsekretärs Wermuth.

Daß das Reichsschatzamt dem Unfug des Ausfuhrscheine-Systems endlich einmal zu Leibe gehen will, haben wir bereits mitgeteilt. Herr Wermuth will aber auch noch auf einem anderen Gebiet seinen praktischen Blick erweisen. Im Reichsschatzamt will man nämlich Maßnahmen treffen, den Kurs der Reichsanleihen zu heben. Als gangbaren Weg erblickt man die gesetzliche Verpflichtung der Sparkassen und Versicherungsgesellschaften, höhere Beträge ihrer Bestände in deutschen Reichsanleihen anzulegen. Beide Arten von Geldinstituten haben es bis jetzt vorgezogen, ihre Mittel in den höher verzinslichen Hypotheken anzulegen. Um sie nun zu veranlassen, mehr Reichsanleihen zu kaufen, ist ein gesetzlicher Zwang notwendig. Ob der Reichstag dem beistimmt, erscheint sehr fraglich und ebenso fraglich ist es, ob der beabsichtigte Zweck, die Hebung des Kurses der Reichsanleihen, erzielt wird.

Mannesseelen.

Unter diesem Stichwort bringt die „Deutsche Tageszeitung“ einen Artikel, in dem sie sich mit voller Wut gegen die Eisenacher Nationalliberalen wendet, weil diese den Bündler Krug haben fallen lassen und dafür den Justizrat Appelius aufgestellt haben. Das Oertel-Blatt schimpft:

„Die nationalliberalen „Männer“ haben sich, nachdem sie, wie der Berliner sagt, eine Lippe riskiert hatten, ins Bockshorn jagen lassen und sich den freisinnigen Zumutungen bescheiden und löblich unterworfen. Es würde bösartig sein, wenn man sagen wollte, daß diese „männliche“ Handlungsweise echt nationalliberal sei. Man wird aber wohl sagen dürfen, daß sie den Kenner der nationalliberalen Seele nicht überrascht habe. Das prächtigste an der ganzen Sache ist aber das, daß derselbe Herr, der 24 Stunden vor der Zurückziehung der Kandidatur die freisinnige Zumutung so scharf und so entschieden zurückwies, jetzt selber als liberal-freisinniger Kandidat ins Auge gefaßt oder aufgestellt worden sein soll. . . . Im übrigen haben wir garnichts dagegen, daß die Angelegenheit eine solche Wendung genommen hat. Dadurch wird lediglich die unausbleibliche Klärung und Scheidung der Geister gefördert und beschleunigt.“

Wenn der Liberale durchfällt, was hoffentlich eintritt, dann wird die „Deutsche Tageszeitung“ zweifellos nachweisen, daß das nur eintreten konnte, weil kein Mitglied des so „ungeheuer beliebten“ Bundes der Landwirte aufgestellt wurde.

Gegen die Verlesung der Vorstrafen.

Das badische Justizministerium hat soeben eine Verfügung aus dem Jahre 1896 in Erinnerung gebracht, wonach künftig die Verlesung der Vorstrafen in öffentlichen Gerichtsverhandlungen nur in äußersten Fällen vorgenommen werden soll. Das Justizministerium sagt:

Es hat häufig für die Beurteilung der Anklage keine Bedeutung, alle Vorstrafen des Angeklagten auch wegen weit zurückliegender, ganz anders gearteter Straftaten konstatiert zu sehen, und es enthält eben deshalb dieses Verfahren eine Härte für die Angeklagten. Der letztere wird oft in die Lage versetzt, schon längst vergessene und tatsächlich unbeachtete Verfehlungen sich in der Öffentlichkeit vorhalten lassen zu müssen. Eine gesetzliche Vorschrift nötigt zu einer solchen Konstatierung nicht. Nur dann, wenn Vorstrafen für den Straffall erheblich sind, kann von der Verlesung nicht abgesehen werden; darüber ist von Fall zu Fall zu entscheiden.

Ebenso wie mit den Vorstrafen, soll es auch mit den sogenannten Vermögens-Zeugnissen gehalten werden.

Deutschlands Landwirtschaft in der Statistik.

Demnächst werden die amtlichen Angaben über die Land- und Forstwirtschaftliche Betriebsstatistik veröffentlicht werden, die durch die Betriebszählung vom 12. Juni 1907 gesammelt wurden. Nach dieser Statistik gab es in Deutschland 5 735 082 landwirtschaftliche Betriebe mit einer Landfläche von 31 834 784 Hektar. 1895 weist die Statistik 5 883 217 Betriebe auf mit einer bewirtschafteten Fläche von 32 517 947 Hektar. Die Gesamtfläche der wirtschaftlichen Betriebe betrug 1907 43 100 486 Hektar, 1895 43 284 742 Hektar.

Die bewirtschaftete Landfläche ist also seit 1895 ganz erheblich, um 683 103 Hektar zurückgegangen, was natürlich einer entsprechenden Verminderung der landwirtschaftlichen Produktion gleichkommt. Und das bei einer Bevölkerungszunahme von 10 Millionen in derselben Zeit und — unter der Herrschaft der agrarischen Schutzzollpolitik!

Eine Erklärung des Auswärtigen Amtes.

Wir hatten gestern von einem Deutschen, namens Heß, berichtet, der in seinen Rechtsansprüchen, die er in Venezuela geltend gemacht hat, vom Auswärtigen Amt nicht genügend unterstützt und schließlich dem Irrenhaus überwiesen wurde. Dieser Darstellung des Sachverhalts tritt nunmehr das Auswärtige Amt in einer langen Erklärung entgegen, die eingangs besagt:

„Die zahlreichen, ebenso umfangreichen, wie verwirrten Eingaben des Herrn Heß an das Auswärtige Amt und die Kaiserliche Ministerresidentur in Caracas hatten schon lange zu Zweifeln an seiner vollen geistigen Gesundheit geführt. Eine Zuschrift des Genannten, die ungewöhnliche Vorwürfe und schwere Beleidigungen enthielt, veranlaßte schließlich das Auswärtige Amt, über seinen Geisteszustand eine gutachtliche Äußerung von sachverständiger ärztlicher Seite einzufordern. Das Ergebnis ging dahin, daß Herr Heß an typischem Querulantenwahnsinn leide und als gemeingefährlich zu erachten sei. Auf das Verfahren, das hiernach von der zuständigen preußischen Stelle eingeleitet worden ist, hat das Auswärtige Amt selbstverständlich in keiner Weise eingewirkt. Von einer gewaltsamen und gesetzwidrigen Beseitigung des Herrn Heß kann daher keine Rede sein.“

Das Auswärtige Amt behält sich eine ausführliche Darlegung des Falles vor, die hoffentlich nicht zu lange auf sich warten läßt.

Deutsche Konsulate in Sibirien.

Auf Anregung des deutsch-russischen Vereins will das Auswärtige Amt deutsche Konsulate in den an der transsibirischen Bahn gelegenen Orten Omsk, Tomsk und Irkutsk errichten. Bisher besteht in Sibirien noch kein deutsches Konsulat. Im Etat des Auswärtigen Amtes sind die Summen für diese Konsulate nicht angefordert worden; soll die bestehende Absicht in die Tat umgesetzt werden, dann muß dem Reichstag ein Nachtragsetat zugehen.

Die neue Brausteuer in Elsaß-Lothringen.

Infolge der Erhöhung des von Elsaß-Lothringen an die Norddeutsche Brausteuer-Gemeinschaft zu zahlenden Aversums von 2 auf 5 Millionen, die gemäß der neuen Reichsbrausteuer erfolgte, soll in Elsaß-Lothringen das Brausteuergesetz vom 21. Mai 1907 dahin abgeändert werden, daß vom 1. April ab an Biersteuer pro Doppelzentner Braustoff gezahlt werden müssen: Von den ersten 250 Doppelzentnern 15 Mk., von den folgenden 1250: 17 Mk., von den folgenden 1500: 19 Mk., von den folgenden 2000: 21 Mk., von den ferneren 23 Mk. Diese Steuerskala kommt einer Erhöhung der Gesamtbelastungen um etwa 75 Proz. gleich. Der Ertrag wird auf acht Millionen berechnet, gegenüber dem früheren Ertrag drei Millionen mehr.

Der Handel mit Prämien- und Serienlosen

ist bekanntlich zu einem wahren Unfug ausgeartet, dem vornehmlich „kleine Leute“ mit ihren geringen Ersparnissen zum Opfer fallen. Wie die „Frankf. Ztg.“ hört, beabsichtigt die preußische Regierung gegen den Losenunfug und die Übervorteilung des Publikums beim Handel mit Prämien- und Serienlosen ernsthaft vorzugehen. Ein Gesetzentwurf, der anscheinend unter Mitwirkung der preußischen Lotteriedirektion ausgearbeitet wurde, liege bereits vor und wurde der Frankfurter Handelskammer zur gutachtlichen Äußerung zugestellt. Es wurde beabsichtigt, den Entwurf alsbald dem Landtage vorzulegen, damit das Gesetz bereits am 1. April 1910 in Kraft treten könne.

Die Antwort der gerüffelten Bischöfe.

Ebenso wie Bischof Wenzler von Metz hat auch jetzt der Straßburger Bischof Dr. Fritzen in einem offenen Brief an den Staatssekretär Zorn von Bulach auf dessen Zurechtweisung geantwortet. Er verwahrt sich gegen den Vorwurf, in die staatlichen Befugnisse eingegriffen zu haben und sucht sich so zu rechtfertigen:

„Ich hielt es für meine Pflicht, die katholischen Lehrer vor dem Eintritt in den Allgemeinen Deutschen Lehrerverband zu warnen, da zahlreiche Kundgebungen des Allgemeinen Deutschen Lehrervereins auf dem religiösen Gebiete Tendenzen zutage treten ließen, die den Grundsätzen der katholischen Kirche widersprechen. . . .

Wie ich hier meine Befugnisse überschritten haben sollte, vermag ich nicht einzusehen. Die Frage, um die es sich hier handelt, ist in erster Linie eine Gewissensfrage für einen Teil meiner Diözesanen. Dem Bischof als dem ordentlichen Träger der kirchlichen Hirten- und Lehrgewalt obliegt die Pflicht und steht das Recht zu, seine Diözesanen auf die Verpflichtung des christlichen Sittengesetzes hinzuweisen, die sich aus den Verhältnissen des Lebens für sie ergeben können. Durch den Umstand, daß diese Diözesanenangehörigen als Beamte oder Lehrer einer staatlichen Behörde unterstellt sind, kann das bezügliche Verhältnis nicht geschwächt werden, in dem sie in bezug auf Glaubens- und Gewissensfragen zur kirchlichen Hirten- und Lehrgewalt stehen. . . .“

Die Verweisung auf den Dienstweg beantwortet der Bischof mit der Bemerkung, daß der Dienstweg nur einzuhalten sei,

„sofern es sich um Mitteilungen handelt, die in der staatlichen Kompetenzsphäre liegen und sich auf die durch die staatlichen Gesetze geregelte Amtstätigkeit der Beamten und Lehrer beziehen. Außer den staatlichen Gesetzen haben aber die katholischen Beamten und Lehrer Glaubenspflichten zu erfüllen, in bezug auf welche sie nebstdem ihren kirchlichen Vorgesetzten unterstehen. Wie ich eine diese Gewissenspflicht betreffende Mitteilung auf dem Dienstwege und durch staatliche Vorgesetzte an die Lehrer gelangen lassen könnte, ist mir nicht ersichtlich, um so weniger, als der kaiserliche Oberschulrat selbst erklärte, daß der Anschluß an den Allgemeinen deutschen Lehrerverein, um den es sich hier handelt, durch die staatliche Gesetzgebung dem freien Ermessen der Lehrer anheimgestellt bleibt. Dementsprechend sehe ich mich veranlaßt, den gegen mich erhobenen Vorwurf eines Eingriffes in den Bereich der staatlichen Befugnisse zurückzuweisen.“

Ein Zeitungshandel.

Kürzlich ging durch die Presse die Nachricht, daß die Berliner „Tägliche Rundschau“ aus dem Besitz des Bibliographischen Instituts in Leipzig in den der Nationalliberalen Partei übergegangen sei. Diese Meldung hat sich zunächst noch nicht als richtig erwiesen, doch steht fest, daß Verkaufsverhandlungen schweben. Das nationalliberale Zentralbureau bestätigt den „Münchener Neuesten Nachrichten“ schriftlich, daß es die Erwerbung jenes Blattes ins Auge gefaßt habe. Der schleichende, kaum noch zu verhütende Bankerott des bisherigen Berliner Organs der Nationalliberalen Partei, der „Nationalzeitung“, wird damit offen zugegeben, und es ist wohl anzunehmen, daß der unrühmlichen Existenz dieses herabgekommenen Zeitungsunternehmens demnächst ein schmerzloses Ende bereitet werden wird. Die „Nationalzeitung“, die als ausgehaltener Ableger der gleichfalls ausgehaltenen freikonservativen „Post“ dahinvegetiert, soll in der letzten Zeit, wie glaubhaft versichert wird, nur mehr 700 bis 800 Exemplare tägliche Auflage gehabt haben. Sie konnte sich nur dadurch mühselig über Wasser halten, daß sie zur „Post“ ins Ausgedinge ging. Auch die „Post“ ist ein Blatt ohne Verbreitung, sie lebt von einem verschämten Bettel, der so betrieben wird, daß man reiche Unternehmer mit Hinweis auf die gute Gesinnung des Blattes veranlaßt, das Blatt in zahlreichen Exemplaren zu Makulaturzwecken zu abonnieren.

Es ist also sehr begreiflich, daß die Nationalliberale Partei mit ihrem Berliner Organ nicht in dieser Leichenhalle bleiben will. Die „Tägl. Rundschau“ wäre für sie keine üble Erwerbung. Denn dieses Blatt hat sich durch seine zahlreichen Mitarbeiter, die ihm vom Bibliographischen Verlag her zur Verfügung standen und durch eine geschickte Redaktion einen nicht unbedeutenden Leserkreis zu erwerben vermocht. Offiziere und Beamte gehören zu seinen wichtigsten Kunden. Die Politik des Flottenvereins unter der alten wilden Leitung, des Alldeutschen Verbandes und des Evangelischen Bundes haben in der „Tägl. Rundschau“ seit je eine journalistisch gewandte Vertretung gefunden. Dazu trat aber eine ausgiebige Portion antisemitischer Gesinnung, die sich in recht geschmacklosen Äußerungen breitmachen durfte. Neben Engländern, Franzosen und Juden gilt der Kampf der „Tägl. Rundschau“ natürlich auch der Sozialdemokratie, die in einem ziemlich platten Ulkstil bewitzelt wird. Politisch ist also das Blatt in seiner heutigen Gestalt nicht ernst zu nehmen, und gar von Liberalismus“, sei es auch nur in der dünnsten Verdünnung, kann schon gar keine Rede sein. Nun verdankt die „Tägl. Rundschau“ aber gerade ihrem Mangel an politischem Ernst, ihrem Familienblatt- und Dorfbarbierstil ihren Erfolg in sogenannt „intellektuellen“ Kreisen. Mit dem nationalliberalen Ernst, der mit einer gewissen ledernen Nüchternheit verbunden zu sein pflegt, würde wahrscheinlich auch im Hause der „Tägl. Rundschau“ der Leserschwund beginnen. Für ein nationalliberales Blatt fehlt in Berlin das Massenpublikum. Die Bevölkerung ist radikal gesinnt, sie läßt jetzt sogar den „unparteiischen“ Scherl mehr und mehr fallen und wendet sich den Blättern zu, die links vom offiziellen Freisinn stehen. Nur solche Blätter erzielen Massenauflagen.

England.

Die englischen Gewerkschaften und die Politik. Eine Konferenz des Parlamentarischen Komitees des Trade-Unions-Kongresses, des Verbandes der Gewerkschaften und der Arbeiterpartei beschäftigte sich mit der durch die Entscheidung der Lordrichter geschaffenen neuen Lage. Es wurde ein Rundschreiben an die organisierten Arbeiter beschlossen, in dem es heißt: „Wir sind beauftragt, Ihnen zu empfehlen, im gegenwärtigen Wahlkampfe folgende Frage an die Kandidaten zu stellen: Sind Sie bereit, ein Amendement zu den Trades-Unions-Gesetzen (1871—76) zu unterstützen, um die Gewerkschaften zu befähigen, ihre politische Tätigkeit fortzusetzen, in die sie seit dem Jahre 1868 eingetreten sind? Es ist wahrscheinlich, daß auf Grund des Entscheides der Lordrichter den Gewerkschaften verboten werden könne, die Gewerkschaftskartelle zu unterstützen; und es ist zweifelhaft, ob die Ausgaben für politische Deputationen und für den Trade-Unionskongreß (insofern dieser sich mit Politik beschäftigt) gesetzlich gestattet sind. Der Entscheid der Lordrichter trifft also nicht nur die parlamentarische Arbeitervertretung, sondern das Gewerkschaftswesen überhaupt. Wir hoffen, Sie werden nun die Tragweite des Entscheides der Lords würdigen können . . . .“ Das Rundschreiben gibt sodann einen kurzen historischen Rückblick auf die enge Verbindung zwischen Trade-Unionismus und Politik seit 1868 und weist unwiderleglich nach, daß bei Erlaß der Trade-Unionsgesetze (1871—76) die Gewerkschaften sich der parlamentarischen Aktion bedienten, die bis vor wenigen Wochen als eine der legalisierten Methoden des Trade-Unionismus betrachtet wurde. Die Arbeiterfraktion wird im nächsten Parlament eine Novelle zum Trade-Unionsgesetze einbringen zum Zwecke der ausdrücklichen Legalisierung der gewerkschaftlichen Ausgaben für parlamentarische Zwecke. Infolge der Parlamentswahlen ist der Jahreskongreß der Arbeiterpartei, der am 10. d. M. stattfinden sollte, auf den 9. Februar verschoben worden. Im Anschluß an den Kongreß wird eine Parteikonferenz über die durch den Lordsentscheid geschaffene Lage abgehalten werden. Der Kongreß ist nach Newport einberufen.

Schein und Wirklichkeit.

P. L. Seitens der sozialdemokratischen Mitglieder der Bürgerschaft ist wiederholt an den Senat das Ersuchen gerichtet worden, eine Übersicht über die Lohn- und Arbeitsbedingungen der in den städtischen und staatlichen Betrieben beschäftigten Arbeiter zu geben. Vor einigen Wochen ist nun diese Übersicht erschienen. Wenn man dieselbe nur flüchtig betrachtet, oder die Verhältnisse nicht kennt, so erscheint zunächst die Lage der städtischen Arbeiter im rosigsten Licht. Überall werden Lohnsteigerungen um 20, 30, 40 Prozent und mehr angegeben; die Durchschnittslöhne erreichen danach mehrfach eine relative Höhe, welche nicht nur die Bürgerschaftsmitglieder, sondern namentlich die Arbeiter, welche angeblich diese Löhne erhalten, in nicht geringes Staunen versetzen dürfte.

Wir beabsichtigen, in nachstehenden Ausführungen eine Gegenüberstellung der nach der vom Senat mitgeteilten Übersicht einerseits und der uns von den Arbeitern andererseits gewordenen Angaben über die Lohn- und Arbeitsbedingungen in unseren staatlichen und städtischen Betrieben zu veröffentlichen und es dann der Beurteilung aller objektiv denkenden Leser zu überlassen, die richtigen Schlüsse daraus zu ziehen.

Nach der behördlichen Übersicht betrug der Jahresverdienst der Chausseewärter im Jahre 1908 durchschnittlich inklusive verschiedener Benefizien und Zulagen

1007,25 oder 1057,25 Mk. Dazu soll im Jahre 1909 eine tägliche Zulage von 20 Pfg. kommen. Die Angaben der Arbeiter gehen dahin, daß die Chausseewärter vor den Toren einen Tagelohn von 2,70 Mk. erhalten; jeder zweite Sonntag wird mitbezahlt. Außerden wird ein jährlicher Mietszuschuß in Höhe von 96 Mk. gewährt. Diejenigen Chausseewärter, die außerhalb der Vorstädte wohnen, erhalten nur einen Mietszuschuß von 48 Mk. Ferner beziehen die Chausseewärter noch für Grasnutzung in den Chausseegräben etwa 20 Mk. Der Jahresverdienst beläuft sich auf 976,40 Mk. bis 1026,40 Mk. Hierzu kommt noch eine kleine Vergütung vom Telegraphenamt für die Anmeldung von Schäden an den Leitungsdrähten. Nach diesen Angaben stellen sich die Löhne der Chausseewärter im Jahre 1909 tatsächlich noch um etwa 30 Mark niedriger, als sie in der behördlichen Übersicht für 1908 angegeben sind; trotzdem ja für 1909 die Zulage von 20 Pfg. pro Tag hinzugekommen sein soll. Wenn man dann noch in Erwägung zieht, daß die Einnahme der Chausseewärter angeblich in den letzten 10 Jahren um 35 Proz. gestiegen sind, so kann man daraus ersehen, wie unglaublich miserabel der Staat vor kurzem diese Arbeiter bezahlte.

Der Lohn der Arbeiter auf den Steinlagern belief sich im Jahre 1908 nach der Aufmachung des Senates auf 1207,74 Mk., die Pflasterarbeiter erhielten danach 1156,64 Mark, die Stelarbeiter 1118,66 Mk., die Wegearbeiter 1137,22 Mark bei 10stündiger Arbeitszeit. Nach den Angaben der Arbeiter stellen sich die Löhne der Wegebau- und Platzarbeiter wie folgt: Vorarbeiter erhalten einen Stundenlohn von 50 Pfg., Arbeiter 36 Pfg., Arbeiter, die noch nicht 5 Jahre tätig sind, 34 Pfg.; bei den Lagerarbeitern bekommen die Vorarbeiter 45 Pfg. und die gewöhnlichen Arbeiter 33—38 Pfg. Stundenlohn. Der Jahresverdienst schwankt zwischen 900 und 1210 Mk. Die Arbeitszeit beträgt im Sommer 10, im Winter 7 Stunden. Die auf den Lagerplätzen beschäftigten Leute arbeiten im Winter 8 Stunden. Kopfsteine werden in Akkord gelöscht und per laufenden Meter mit 18 bis 22 Pfg. bezahlt, je nach der Entfernung, welche die Arbeiter gehen müssen. In diesem Jahre ist die Grenze, bis zu welcher die Arbeiter zu gehen haben, von 3 auf 6 Kilometer verlegt worden, was für die betreffenden Leute einen Lohnausfall von etwa 60 Mk. pro Jahr ausmacht. Auf Überstunden wird ein Zuschlag von 25 Prozent vergütet. Stellt man die Angaben der Arbeiter denen des Senates gegenüber, so wird man finden, daß auch hier die Arbeiter sich weit schlechter stehen, als es nach der amtlichen Übersicht der Fall ist. Dadurch, daß man die Löhne der Vorarbeiter in den Durchschnitt einbezieht, erhalten die Bezüge der Arbeiter selbst natürlich ein anderes und vorteilhafteres Ansehen. Und das ist jedenfalls auch beabsichtigt.

Was die Sielbauarbeiter anlangt, so erhalten dieselben bei Arbeiten vor dem Tore folgende Löhne: Vorarbeiter 45 bis 50 Pfg. pro Stunde, Kolonnenführer 38 bis 40 Pfg.; der Jahresverdienst beträgt 1300 bis 1400 Mk. Gewöhnliche Arbeiter erhalten einen Stundenlohn von 34 bis 36 Pfg. 50 Prozent von ihnen bringen es noch nicht zu einem Jahreseinkommen von 1000 Mark, die anderen beziehen 1000 bis höchstens 1100 Mk. Bei Arbeiten innerhalb der Stadt wurden an Vorarbeiter 38 bis 40 Pfg., an gewöhnliche Arbeiter 35 Pfg. pro Stunde gezahlt. Hier betrug der Jahresverdienst 1000 bis 1200 Mk. Die Sielreinigungsarbeiter erhielten einen Stundenlohn von 35 bis 38 Pfg., was einem Jahresverdienst von 1000 bis 1100 Mk. entspricht; die Kolonnenführer erhielten 40 bis 45 Pfg. pro Stunde; ihr Jahresverdienst belief sich auf 1000—1100 Mk. Die Arbeitszeit betrug im Sommer 10 Stunden, im Winter 7 Stunden. Überstunden werden mit 25 Proz. vergütet. Wenn die Arbeiter mehr als 6 Kilometer (im Vorjahre waren es nur 3 Kilometer) gehen müssen, so erhalten sie pro Stunde einen Aufschlag von 3 Pfg. Den gleichen Aufschlag erhalten auch die Wegearbeiter.

Nach der amtlichen Übersicht kamen die bei der Baudeputation beschäftigten Erdarbeiter 1908 auf einen Jahresverdienst von 1152 Mk, die Heizer 1391 Mk., Rammführer 1854 Mk.; Arbeiter, die zu besonderen Arbeiten herangezogen wurden, 1639 Mk. Im Baggereibetrieb verdienten nach der amtlichen Übersicht die Prahmarbeiter jährlich 1336 Mk., die Heizer und Bootsleute 1481 Mk., die Maschinisten, Schiffsführer, Steuerleute und Baggerführer 1926 Mk.

Die von den Arbeitern aufgenommene Statistik ergibt demgegenüber folgendes: Wasserbauarbeiter erhielten: Vorarbeiter pro Stunde 70 Pfg., Rammführer 45 bis 50 Pfg., Rammarbeiter 38 Pfg., Heizer 38 Pfg., für letztere drei Arbeiterkategorien beträgt der Jahresverdienst 1200—1400 Mk. Die Arbeiter beziehen einen Stundenlohn von 35 Pfg. und jährlich etwa 1000 bis 1250 Mk. Kanalarbeiter: Vorarbeiter 38 bis 42 Pfg. pro Stunde, Rammführer 45 bis 50 Pfg.; der Jahresverdienst beträgt 1400 bis 1500 Mk. Heizer und Rammarbeiter erhalten einen Stundenlohn von 37 Pfg. und haben ein jährliches Einkommen von 1200 Mk.; gewöhnliche Arbeiter bekamen 34 Pfg. pro Stunde; ihr Jahresverdienst ist 1000 bis 1200 Mk. Baggerarbeiter: Baggerführer erhalten einen Monatslohn von 140 Mk., Steuerleute 125 Mk., Bootsleute 110 Mk., Deckleute 100 Mk., Besatzungsarbeiter 95 bis 100 Mk. Kanalwärter erhalten einen Anfangslohn von 75 Mk. monatlich, der alle fünf Jahre steigt bis zum Höchstbetrage von 85 Mk.; außerdem wird freie Wohnung gewährt. Sämtliche Boden- und Betonarbeiten werden im Akkord nach Vereinbarung verrichtet. Überstunden werden mit 25 Prozent Aufschlag vergütet. Entfernungsgelder richten sich nach der Kilometerzahl. Die Arbeitszeit beträgt im Sommer 10 und im Winter 8 Stunden.

Über die tatsächlichen Löhne auf den Gaswerken haben wir bereits vor kurzem berichtet; wir können deshalb davon Abstand nehmen, jetzt noch einmal darauf einzugehen. Die auf den Wasserwerken beschäftigten Heizer erhalten pro Stunde 37 Pfg., die Arbeiter 35 Pfg. Diejenigen Arbeiter, welche über zwei Jahre dort beschäftigt sind, erhalten eine jährliche Alterszulage von 50 bis 150 Mk., die am 1. Juli ausgezahlt wird. Die Jahreslöhne bewegen sich zwischen 1100 und 1500 Mark. Ähnlich ist es bei den Elektrizitätswerkarbeitern. In der Handwerker-Werkstelle I werden Löhne von 42 bis 50 Pfg. pro Stunde, in der Handwerker-Werkstelle II 42 bis 55 Pfg. und an Heizer werden 43 Pfg. pro Stunde gezahlt; der Jahresverdienst beläuft sich auf 1300 bis 1500 Mark. Maschinenhausarbeiter erhalten 35 bis 45 Pfg., Unterstationsarbeiter 40 Pfg. Stundenlohn.

Über die Löhne der Wallanlagen-, Friedhofs-, Wald- und Forstarbeiter schweigt sich bezeichnenderweise die amtliche Übersicht aus. Grund dazu ist besonders bei den Wald- und Forstarbeitern vorhanden. Diese erhalten in den 6 Sommermonaten einen Tagelohn von 2,40 Mk., in den Wintermonaten einen solchen von 2,10 Mk. Ihr Jahresverdienst beträgt 600 bis 700 Mk. Für freie Wohnung werden ihnen 60 Mk. abgezogen. Holz wird im Akkord gefällt.

Bei den Wallanlagenarbeitern betragen die Stundenlöhne 38 bis 40 Pfg. für Vorarbeiter, 34 bis 36 Pfennig für Arbeiter und 28 bis 32 Pfg. für Invalide. Das entspricht einem Jahresverdienst von 900 bis 1060 Mk. Bei der Friedhofsbehörde erhalten die ständigen Arbeiter 38 Pfg., die nicht ständigen Arbeiter 31 bis 34 Pfg.

Das wären in kurzen Zügen die Lohn- und Arbeitsbedingungen der städtischen und staatlichen Arbeiter, wie sie sich nach der behördlichen Übersicht und nach der Aufnahme des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter ergeben. In der amtlichen Übersicht hat man vorsichtigerweise die Stundenlöhne der Arbeiter, die durchweg recht niedrige sind, nirgends erwähnt, sondern immer nur einen Jahresdurchschnitt angegeben, wobei die verschiedensten Kategorien in einen Topf geworfen wurden; die Überstunden sind mit in den Lohn einbegriffen und so ergibt sich ein ganz falsches Bild von den tatsächlichen Verhältnissen. Wie schön sieht es aus, wenn in der amtlichen Übersicht bemerkt wird, die Arbeitszeit ist eine zehnstündige, während die mitgeteilten angeblichen Löhne sicherlich in einer durch Überstunden verlängerten Arbeitszeit verdient werden mußten. Von den Behörden werden auch noch verschiedene Vergünstigungen und Verbesserungen aufgezählt; darunter wird auch erwähnt, daß auf der Staatswerft Bedürfnisanstalten mit Wasserspülung in genügendem Umfang hergestellt sind. Wenn eine eigentlich selbstverständliche Tatsache so besonders hervorgehoben wird, wirkt das doch mehr als befremdend. Es sollte eben um jeden Preis nach außen hin eine Wirkung erzielt werden. Deshalb hat man auch gewöhnlich den Prozentsatz hinzugefügt, um welchen die Löhne in den letzten zehn Jahren gestiegen sein sollen. Wären diese Prozentsätze zutreffend, dann ist damit klargelegt, wieviel der Staat früher an den von ihm beschäftigten Arbeitern gesündigt hat. Wir meinen, die Stundenlöhne, die gegenwärtig den städtischen Arbeitern bezahlt werden, sind derart, daß sie wohl einer Aufbesserung bedürftig sind; mindestens so sehr, als die Beamtengehälter.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Freitag, den 7. Januar.

Achtung, Stukkateure und Hilfsarbeiter! Wegen Differenzen ist die Firma Fr. Faber, Lübeck, für Stukkateure und Hilfsarbeiter gesperrt.

Beweglichkeit der Einkommensteuer. Die gemeinsame Steuerprüfungskommission, welche sich auch mit dem Erlaß eines neuen Einkommensteuergesetzes zu beschäftigen hatte, hat nunmehr Bericht erstattet. Die Kommission hat sich in ihrer großen Mehrheit für eine bewegliche Einkommensteuer ausgesprochen. Die Steuer wird nach Einheiten erhoben, und zwar soll jedes Jahr durch Rat- und Bürgerschluß bestimmt werden, wieviel Einheitssätze der Steuer zu erheben sind, doch soll die Steuer nicht auf weniger als 4 und nicht auf mehr als 6 Einheitssätze festgesetzt werden.

Der Einheitssatz der Steuer beträgt bei einem Jahreseinkommen von über

600— 700	„			0,80	Mk.
700— 800	„			1,—	„
800— 1200	„	für jedes Hundert über	800 Mk.	0,40	„ mehr
1200— 1600	„	„ „ „	1200 „	0,60	„ „
1600— 2000	„	„ „ „	1600 „	0,80	„ „
2000— 2900	„	„ „ „	2000 „	1,—	„ „
2900— 6000	„	„ „ „	2900 „	1,20	„ „
6000— 8200	„	„ „ „	6000 „	1,40	„ „
8200—17000	„	„ „ „	8200 „	1,60	„ „
17000—40000	„	„ „ „	17000 „	1,80	„ „
40000 Mk.				1,6	v. Hundert

Ein angefangenes Hundert wird für voll gerechnet.

Die Wahlrechtsverschlechterung in Lübeck und ihre Macher. Auf dem Parteitag der preußischen Sozialdemokratie, der Anfang dieser Woche in Berlin abgehalten wurde, waren auf Einladung des Parteivorstandes auch Vertreter der verschiedenen Parlamentsfraktionen der übrigen deutschen Einzelstaaten erschienen. Von Lübeck war, wie bereits mitgeteilt, der Genosse Löwigt anwesend. In seiner Begrüßungsrede wies unser Genosse auf das miserable Wahlrecht hin, das der Lübecker Arbeiterschaft aufoktroyiert worden ist und kennzeichnete in kurzen Worten dessen Urheber. Über diese Ausführungen ist nun auch in der bürgerlichen Presse berichtet worden, und zwar folgendes:

Löwigt-Lübeck: Das jetzige schlechte Wahlrecht haben die Lübecker Arbeiter den Liberalen mit zu verdanken. Man verweist dort immer auf das preußische Wahlrecht. Ihr Erfolg wird auch der unserige sein.

Dazu schreibt der hiesige „Stadt- und Landbote": „Wir bemerken zu den Ausführungen Löwigts, daß die zur Lübecker Organisation der Freisinnigen Volkspartei gehörigen Bürgerschaftsmitglieder die Verschlechterung des Lübecker Wahlrechtsgesetzes entschieden bekämpft haben. Wenn in liberalen Kreisen in Lübeck auf das preußische Wahlrecht verwiesen wurde, dann geschah es immer in dem Sinne, daß man es rückhaltlos bekämpfte. Wir stellen das hiermit nachdrücklichst fest!"

Das klingt ja sehr schön und auch recht entschieden freisinnig; schade, daß es nichts von dem widerlegt, was Genosse Löwigt tatsächlich gesagt hat. Unser Vertreter führte u. a. aus: „Das schmachvolle Wahlrecht zur Bürgerschaft haben die Lübecker Arbeiter in erster Linie den Nationalliberalen zu verdanken, die die Mehrheit in der Bürgerschaft besaßen. Doch auch sogenannte Liberale haben sich an der Wahlentrechtung eifrig beteiligt. In Lübeck nimmt man sich Preußen gewöhnlich dann zum Muster, wenn es gilt, irgendwelche Verschlechterungen einzuführen. Die Lübecker Arbeiterschaft hat deshalb alle Ursache, die preußischen Parteigenossen in ihrem Kampfe um ein gerechtes Wahlrecht und bessere politische Verhältnisse zu unterstützen. Ihr Kampf ist auch der unsrige, und auch Ihre Erfolge werden die unsrigen sein." Will am Ende das freisinnige Blatt die Richtigkeit dieser Angaben bestreiten? Entspricht es vielleicht nicht der Wahrheit, daß der ehemalige liberale Reichstagsabgeordnete Dr. Görtz, der frühere freisinnige Reichstagsabgeordnete Stiller, der damals freisinnige Professor Dr. Baethke für die Wahlrechtsverschlechterung eintraten? Was soll also die Anmerkung des „Landboten" widerlegen?!

Arbeitswillige Gratulanten. Vom Hafenarbeiterverband wird uns geschrieben: Wir machen darauf aufmerksam, daß die Arbeiter, welche im Namen der Flußschiffer in hiesigen Geschäften zu Weihnachten gratuliert haben, nicht im Hafenarbeiterverband organisiert gewesen sind, sondern zu den Arbeitswilligen gehörten, die die hohen Arbeitswilligenlöhne während des Streiks der Flußschiffer verdient haben. Der Lohn scheint doch nicht gereicht zu haben, da der Winterbedarf noch von Geschäftsleuten zusammengebettelt werden mußte.

Gewerbe-Anmeldungen für die Monate Oktober, November und Dezember 1909: Agenten 2, Automobil-Reparatur-Werkstattinhaber 1, Bäcker 2, Bandagisten 1, Barbiere und Friseure 4, Barbier- und Friseurgeschäftsinhaberinnen 1, Baumaterialienhändler 1, Bierverleger 1, Bilderhändlerinnen 1, Branntweinhändler 3, Brot- und Backwarenhändler 4, Buchhändler 1, Dampfwäschereiinhaber 1, Drogenhändler 5, Druckereibesitzer und Zeitungsverleger 1, Eilboteninstitutsinhaber 1, Elektrotechniker 1, Färberei- und chemische Waschanstaltsinhaberinnen 1, Fettwarenhändlerinnen 2, Feuerversicherungsagenten 1, Feuerversicherungs-Hauptagenten 2, Fischhändler 1, Flaschenbierhändler 2, Flaschenbierhändlerinnen 2, Fleischwaren- und Delikatessenhändlerinnen 1, Fouragehändler 1, Friseurinnen 1, Fuhrleute 1, Gärtner 2, Gastwirte 6, Gesinde- und Stellenvermittler 1, Gipsfigurenverfertiger 1, Grünwaren- und Flaschenbierhändlerinnen 2, Händler 26, Händlerinnen 8, Handlungsagenten und Komissionäre 5, Haus-, Hypotheken- und Gütermakler 1, Hebammen 26, Höker und Flaschenbierhändler 7, Hökerinnen und Flaschenbierhändlerinnen 7, Kaufleute 9, Kinematographenbesitzer 1, Klempner 1, Kolonialwaren- und Flaschenbierhändler 2, Krämer und Flaschenbierhändler 6, Krämerinnen und Flaschenbierhändlerinnen 1, Kunst- und Handelsgärtner 1, Kurz-, Weiß- und Wollwarenhändler 1, Lederhändler 1, Maschinenfabrikanten 1, Maurer und Bauunternehmer 2, Modistinnen 1, Papier- und Schreibmaterialienhändler 1, Photographen 1, Reklame-Institutsinhaber 1, Roßschlachter 2, Schankwirte 16, Schlachter 9, Schleifer 1, Schlosser 1, Schneider 3, Schneiderinnen 4, Schuhmacher 5, Schuhwarenhändlerinnen 1, Stahl- und Bürstenwarenhändler 1, Stein- und Bildhauer 1, Steinbildhauer und Marmorschleifer 1, Stellenvermittler 1, Tabak- und Zigarrenhändler 2, Tabak- und Zigarrenhändlerinnen 2, Tischler 6, Trödler und Händler 2, Trödlerinnen und Händlerinnen 3, Uhrmacher 1, Wäscher 1, Wäscherinnen und Plätterinnen 1, Zeitungsverleger 1, Zigarettenmacher 1, Zimmerer und Bauunternehmer 5. Zusammen 245.

Trinkt kein Bier zu erhöhten Preisen! So lautet der Beschluß, den hier in Lübeck eine Volksversammlung mit großer Mehrheit gefaßt hat. Bierkonsumenten richtet euch darnach!

Handelsregister. Am 6. Januar 1910 ist eingetragen: 1. bei der offenen Handelsgesellschaft in Firma Paul Erasmi u. Co. in Lübeck: Der Kaufmann A. Gottschalk in Lübeck ist aus der Gesellschaft ausgeschieden. Gleichzeitig ist der Kaufmann H. Erasmi in Lübeck als persönlich haftender Gesellschafter eingetreten; 2. bei der Firma Lubecawerke, Blechindustrie und Maschinenbau-Anstalt, chemisch-technische Fabrik, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Lübeck: Der Kaufmann Th. Lüdert in Lübeck ist als Geschäftsführer ausgeschieden. An seiner Stelle ist der Kaufmann J. Reiber in Lübeck bestellt; 3. bei der Firma Wachsmuth u. Erdmann, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Lübeck: Die Vertretungsbefugnis des Geschäftsführers B. A. R. L. Erdmann in Lübeck ist beendigt. P. F. Wachsmuth in Lübeck ist alleiniger Geschäftsführer. Der § 7 des Gesellschaftsvertrages ist entsprechend geändert.

pb. **Fahrraddiebstahl.** Am 4. ds. Mts. ist vom Flur des Hauses St. Gertrudring Nr. 26 ein fast neues Fahrrad mit schwarzem Gestell, ebensolchen Felgen und der vom Polizeiamt gelieferten Erkennungsnummer 14282 abhanden gekommen und vermutlich gestohlen worden. Das Firmenschild ist abgerissen und der Sattel an der rechten Seite abgescheuert.

Neues Stadttheater. Man schreibt uns: Morgen Sonnabend geht Shakespeares Tragödie „König Lear" in neuer Einstudierung in Szene. Die Titelrolle spielt Herr Brunow. In den übrigen Hauptrollen sind die Herren Holstein, Stahl-Nachbaur, Taube, Fischer, Meynadier, Scholz, Ellmar sowie die Damen Berke, Bilger und Walter beschäftigt. Die Inszenierung leitet Herr Brunow. Am Sonntag nachmittag 3 Uhr gelangt bei Nachmittags-Preisen das reizende Weihnachtsmärchen „Schneewittchen" mit Ballett-Einlagen zum letzten Male zur Aufführung. Abends 7 Uhr erscheint Wagners „Lohengrin" wieder auf dem Spielplan.

Stadthallen-Theater. Man schreibt uns: Am Sonntag gelangt das wirkungsvolle Lustspiel „Ein idealer Gatte" von Oskar Wilde zur Aufführung.

Schlutup. Die Sprechstunde des Arbeitersekretariats findet morgen — Sonnabend — von 4½ bis 7 Uhr nachmittags im Lokale des Herrn Freese statt.

b. **Eutin.** Milchverteuerung. In der seit Wochen hier die Bevölkerung aufregenden Milchverteuerungsfrage glaubte man, daß Mittwoch eine Versammlung der Milchlieferanten eine die Bevölkerung befriedigende Lösung schaffen werde. Eine Einigung ist aber nicht erreicht; die Lieferanten hielten an den festgesetzten Preisen a Liter 18 Pfg. fest; dagegen liefert jetzt die Firma Steffen den Liter für 16 Pfg. — Achtung Parteigenossen! Am Sonnabend, dem 8. Januar, abends 8½ Uhr, findet die diesjährige Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins im Lokale von Paul Schröder statt. Die Tagesordnung weist u. a. die Neuwahl des Vorstandes sowie einen Vortrag des Genossen Borchert über Gemeindepolitik auf. Es sollte kein Genosse versäumen, in dieser hochwichtigen Versammlung zu erscheinen.

Hamburg. Strandung eines Hapag-Dampfers. Einem Telegramm aus Havre zufolge ist der Dampfer „Fürst Bismarck" der Hamburg-Amerika-Linie bei Octeville in der Einfahrt nach Havre gestrandet. Das Leben der Passagiere und der Besatzung ist nicht gefährdet. Schlepper leisten Hilfe. Infolge des günstigen Wetters besteht Aussicht auf baldige Abbringung des Dampfers. Eine spätere Meldung besagt: Die Passagiere sind gelandet. Ein Teil der Ladung ist geworfen worden. Abschleppversuche wurden während der Nacht unternommen.

[] **Bremen.** Tarifkündigung im Bremer Gärtnereigewerbe. Die Gärtnereiarbeiter von Bremen und Umgebung haben in einer allgemeinen Versammlung am 28. Dezember beschlossen, den für das dortige Lohngebiet bestehenden Tarifvertrag zu kündigen, sodaß dieser am 31. März sein Ende erreicht. Der Vertrag ist der erste, der im Bremer Gärtnereigewerbe zustande gekommen ist; er läuft seit dem 1. April 1907 und war zunächst auf 2 Jahre abgeschlossen worden, ist dann aber, da er von keiner Seite gekündigt wurde, auf ein weiteres Jahr verlängert. Der Tarif erstreckt sich über alle Branchen der gewerblichen Gärtnerei und sieht für Baumschul- und Handelsgärtnereibetriebe für 8 Monate des Jahres eine zehn-, für zwei Monate eine zehneinhalb- und für zwei Monate eine neuneinhalbstündige Arbeitszeit vor, bei einem Wochenlohn von 23 Mk., für Junggehilfen 21 Mk. Für die Landschaftsgärtnerei beträgt die Arbeitszeit während sechseinhalb Monaten des Jahres 10, während eines halben Monats 9, während zwei Monaten 8½ und während drei Monaten 8 Stunden; der Lohn pro Stunde 45 Pfg.; für Junggehilfen 41 Pfg. und für Arbeiter, die noch nicht drei Jahre im Beruf tätig, 40 Pfg. Die hier angeführten Lohnpositionen bestehen seit dem 1. April 1908, das Jahr zuvor betrug der erwähnte Wochenlohn noch eine Mark darunter. — Diese Löhne sind recht niedrig. Hätte sich im vorigen Jahre auch in der Gärtnerei die Krise nicht so stark bemerkbar gemacht, so wäre schon damals von seiten der Arbeitnehmer die Kündigung des Vertrages ausgesprochen worden. Die neuen Forderungen sollen dem Unternehmerverbande dieser Tage unterbreitet werden.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

Holstenhaus

G. m. b. H. ▪▪ Lübeck ▪▪ Holstenstrasse

Inventurverkauf 1910

In sämtlichen Abteilungen des Hauses sind die gesamten **Restbestände aus der diesjährigen** Inventur auf Extratischen von heute ab zu staunend billigen Preisen ausgelegt.

Die im Preise reduzierten Waren ermässigen sich um 10, 25, 33⅓, 50 bis 75 Proz.

Betten, Bettfedern u. a. Betten-Artikel
kaufen Sie billig und reell bei
Markt 4. **Otto Albers** Kohlmarkt 10.
z. B. kompl. Betten v. 12.50 Mk. an.
Federn per Pfd. v. 45 Pf. b. 4 Mk.
Rote Lubeca-Marken.

Reparatur. billig u. gut
Federneinsetzen 1.50 M.
Reinigen . . . 1.50 „
Glas . . . . . 0.30 „
G. Reese, Uhrmacher
Hüxstraße 22—24.

Auf
Kredit
kaufen Sie am billigsten bei
H. Kesten
Holstenstraße 17 I
Sie erhalten bei mäßiger An- und Abzahlung
Möbel, Betten, Garderoben,
Manufakturwaren,
Kinderwagen.

Uhrfeder einsetzen 1.50 M.
Taschenuhr reinig. 1.50 M.
1 Jahr Garantie.
Ernst Gentzen, Uhrmach.
Königstr. 62, b. d. Hüxstr.
Gebe rote Rabattmark.

Täglich in allen Verkaufsstellen:
Frisches
Kraft-Dauer-Brot
C. Siemers, Struckmühle.
Fernsprecher 1110.

Fischhalle Hansa
Fünfhausen 33
empfiehlt sich bei Bedarf an Fischen.

---

ff. gelbe Eßkartoffeln a Mk. 5.50; allerfeinste Magnum bonum, französische und Gesellschaftskartoffeln empfiehlt billigst frei Haus. — Wiederverkäufern Ausnahmepreise.
C. Heese, A. Jacobien Nchf. Meierstr. 26. T. 1440

Krummesser
Buntekuh-
Kieler Kümmel
Flasche 70 Pfg.
auch im Kleinverkauf u. Ausschank empfiehlt
Bruno Meyer, Schwartauer Allee 33/35.

Von heute an wieder:
Prima fettes Hammelfleisch,
junges Rindfleisch,
Kalbfleisch zu billigen Tagespreisen.
Fritz Müller, Wakenitzmauer 86.

Eisbein
Kopf und Bein
ges. Schnauzen u. Pfoten
Kohlwurst
Grützwurst
Brotwurst
Friedr. Paetau
Schlachterei u. Wurstfabrik.
Telephon 573. Mühlenstr. 27.

Achtung! Empfehle zum Sonntag:
Prima junges kernfettes

Rindfleisch	Pfd.	60 Pf.
„ Bratenstücke	Pfd.	65, 70 „
„ Beefsteak	Pfd.	100 „
„ Rollfleisch	„	80 „
„ Gulasch	„	70 „
„ Roastbeaf	„	70 „
„ Gehacktes	„	70 „

Pa. Schweinefleisch, Kalbfleisch. Hammelfleisch zu den bekannt billigen Preisen.
F. Schröder,
Königstraße 48 a. Fernruf 1403.

---

22. Fünfhausen 22.
Möllers billige Fleischquelle.

Jg. Rindfleisch . .	Pfd.	50 Pfg.
„ Schweinefleisch	„	70 „
Karbonade	„	80 „
Schinken	„	80 „

Heiße Knackwurst, Brotwurst, Leberwurst St. 10 Pf.
Kopffleisch.
Heinr. Viereck
Hüxstraße 96.

Heute
und folgende Tage
prima jung. Fleisch
(3jähriges Füllen),
sowie
verschiedene Wurstsorten,
geräuch. u. gekochte Mettwurst,
Mortadella
und frische Leberwurst.
Von 5 Uhr an:
Heiße Knackwurst,
Heinr. Dieckvoß
Obertrave 12. — Fernruf 1664.

Heute und folgende Tage
Anstich von
ff. Hansa-Bock
¼ Liter 10 Pfg.
Stehbierhalle
Schwartauer Allee 35.
Zum regen Besuch ladet ein
Bruno Meyer.

Holsten-Automat
G. m. b. H.
Holstenstr. 14.
Warme und kalte Speisen
Feinste belegte Brötchen 10 Pfg.
Helles u. dunkles Bier 10 Pf.
Fremden und hiesigem Publikum bestens empfohlen.
Fr. Brockstedt, Geschäftsführer.

Grosser Ausverkauf
in
Hausstands-Artikeln, Hängelampen, Spielsachen, Kinderwagen und Luxuswaren.
Preise sind bis zu **15 Proz.** ermässigt.
Ausserdem verabfolge rote Rabattmarken.
H. Gröper, Mengstr. 18.

Man abonniert jederzeit auf das
schönste und billigste Familien-Witzblatt

Meggendorfer-Blätter
München ⊙ ⊙ Zeitschrift für Humor und Kunst
⊙ Vierteljährlich 13 Nummern nur M. 3.— ⊙

Abonnement bei allen Buchhandlungen und Postanstalten. Verlangen Sie eine Gratis-Probenummer vom Verlag, München, Theatinerstr. 47

Kein Besucher der Stadt München
sollte es versäumen, die in den Räumen der Redaktion, Theatinerstraße 47III befindliche, äußerst interessante Ausstellung von Originalzeichnungen der Meggendorfer-Blätter zu besichtigen.
Täglich geöffnet. Eintritt für jedermann frei!

Geräucherte Schweinsbacken ohne Knochen 75 Pfg.

Geräuch. Rollschultern	Pfd.	100 Pf.	Jung. fettes Rindfleisch	Pfd.	60 Pf.
„ kl. Rauchstücke	„	90 „	Rollfleisch	„	80 „
Prima Kohlwurst	„	70 „	Scheibenbeefsteak	„	100 „

Frische dicke Flomen bei Abnahme von 4 Pfd. **pr. Pfd. 80 Pfg.**
Bestes weißes Schmalz bei Abnahme von 4 Pfd. **pr. Pfd. 80 Pfg.**
ff. Aufschnitt pr. Pfd. 120 Pfg.
Kuheuter pr. Pfd. 50 Pfg., bei Abnahme von 2 Pfd. pr. Pfd. 45 Pfg.
Von 5 Uhr an heiße Knackwurst.
Fernspr. 1874. **M. Lahrtz** Böttcherstr. 16.

Reform-Theater
Breitestr. 24 lebender Photographien Breitestr. 24
Freitag neues Programm
in noch nie dagewesener **Schönheit** und **Plastik** auf der **Silberwand.**
Sie müssen dieses Programm gesehen haben.

Schwartau.
Achtung Maurer!
Die Versammlung
findet statt am Sonntag, dem 16. Januar, nachmittags 3 Uhr, im Vereinslokal.
Wegen wichtiger Tagesordnung ist das Erscheinen aller Mitglieder erwünscht. Kein Kollege darf fehlen.
Der Vorstand.

Verein f. Gesundheitspflege.
Sonntag, den 9. Januar:
Wanderung
nach Gothmund. Abmarsch 2 Uhr von der Burgtorwache.
Sonnabend, 15. Januar, abends 8½ Uhr, im Bürgerverein:
Frauen-Vortrag
des Herrn Dr. med. Heiss, Weimar, über: „Ursachen, Vorbeugung und Heilung v. Frauenkrankheiten". — Mitglieder frei, Nichtmitglieder 50 Pfg.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschl.
(Distrikt Schwartau-Reinfeld).
Mitglieder-Versammlung
Sonnabend, 8. Jan.
abends 8½ Uhr
im Lokale Gasthof Transvaal.
Tages-Ordnung:
1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Wahl der Delegierten z. Generalversammlung.
3. Verschiedenes.

Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Die Distriktsleitung.
Die Auszahlung der Erwerbslosen-Unterstützung findet jeden Sonnabend, abends von 8—10 Uhr, im Gasthof Transvaal statt.

Dilettanten-Verein Secretz.
Theater und Ball
am Sonntag, dem 9. Januar, im Lokale des Herrn E. Cordts.
Anfang des Theaters 7 Uhr.
Eintritt für Theater u. Ball 1 Mk., eine Dame frei, nur Theater a Pers. 30 Pfg.
Hierzu laden freundlichst ein
Die Dilettanten.

Hansa-Theater.
Täglich 8¼ Uhr:
Gastspiel des Thalia-Theaters, Elberfeld
„Das Sensations-Ereignis"
„Donnerwetter tadellos"
Gr. hum. Ausst.-Revue in 8 Bildern mit Ges. u. Ball. v. Julius Freund.
Musik von Paul Lincke.
1. Bild: Geburtstag der Venus. 2. Bild: Vor dem Hotel Kaiserhof in Berlin. 3. Bild: Ein Five o'clock im Kaiserhof. 4. Bild: Eine Reform-Kaserne. 5. Bild: Aus Deutschlands grossen Tagen. 6. Bild: Auf der „Ila" in Frankfurt a. M. 7. Bild: Der Luftschiffer-Korso. 8. Bild: Grosse Pracht-Apotheose (Deutschlands Zukunft).
3 große Balletts
Eine wahre Pracht an glänzender Ausstattung u. feenhaften Lichteffekten.

Stadthallentheater.
Sonntag, 9. Januar. 7½ Uhr.
Ein idealer Gatte.
Lustspiel von Oskar Wilde.
Vorverkauf täglich in den bekannten Stellen bei Nagel, Markt 14, und Roß, Kohlmarkt 13.

Neues Stadttheater.
Sonnabend, 8. Januar. 7½ Uhr.
Voll-Ab. 98. Sonnabend-Ab. 16.
König Lear.
Tragödie von Shakespeare.
Sonntag. Nachm. 3 Uhr.
Außer Ab. Nachmittags-Preise.
Zum letzten Male.
Schneewittchen.
Märchen mit Ballett.
Abends 7 Uhr. Voll-Ab. 99.
Lohengrin.
Große Oper von Wagner.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 5. Freitag, den 7. Januar 1910. 17. Jahrg.

Eine angebliche Korruptionsaffäre in der italienischen Parteifraktion.

Das Papier ist geduldig. Um diese seine Eigenschaft im höchsten Maße zu entfalten, scheint aber eine gewisse Entfernung des Druckortes von dem Schauplatz der Ereignisse, über die berichtet wird, unerläßlich. Hat es da nicht der römische Korrespondent des „Berliner Tageblattes" fertiggebracht, seiner Zeitung über eine „Korruptionsaffäre im italienischen Parlament" zu berichten, von der die ganze italienische Presse nichts bemerkt hat und die sich allein dem Seherblick des Korrespondenten zu erschließen für gut fand. In dem Schriftstück ist zu lesen: „In der italienischen sozialistischen Partei ist infolge des Austritts Enrico Ferris eine offene Krise ausgebrochen. Der bekannte sozialistische Professor Labriola macht aufsehenerregende Enthüllungen. Er behauptet nämlich, Ferri soll deshalb aus der Partei beseitigt werden, weil er den Parteigötzen auf die Finger sehe. Hinter diesen letzteren (den Fingern?) stehen drei Mailänder große Bankiers, die ihre Kapitalien mit größtem Gewinn in den norditalienischen Genossenschaftsunternehmungen der sozialistischen Partei anlegen. Die von Ferri so blutig gegeißelte Vorliebe der sozialistischen Partei für Giolitti rühre daher, daß Giolitti diese Unternehmungen auf jede Weise gefördert, ja an eine sozialistische Genossenschaft den Bau einer Eisenbahn in der Provinz Reggio vergeben habe. Damit habe Giolitti die wohlwollende Neutralität der äußersten Linken erkauft."

Daß Ferri nicht aus der Partei ausgetreten und Labriola nicht Sozialist ist, sind nebensächliche Ungenauigkeiten. Die eigentliche „Urkundenfälschung" besteht darin, einige giftgeschwollene Bemerkungen Labriolas, durch die dieser den Interessengegensatz zwischen Genossenschaftsbewegung und Klassenkampf beweisen wollte, als „Enthüllungen" über eine Korruptionsaffäre auszugeben. Labriola, dessen Haß gegen unsere Partei ebenso notorisch ist wie der kinematographenartige Wechsel seiner Überzeugungen, hat in einem Interview mit dem Korrespondenten des „Giornale d'Italia" die folgenden Erklärungen abgegeben, die ganz ohne Echo in der Presse geblieben sind, weil niemand mehr Labriolas Anfälle kindischer Demolierungssucht ernst zu nehmen pflegt: „Die Mailänder Sozialisten", sagte der Interviewte auf die Frage nach den Motiven der angeblichen Giolitti-Freundlichkeit, „besitzen eine unerschöpfliche Kasse, die von drei allbekannten jüdischen Bankiers gebildet ist. Diese treten bei den politischen Kundgebungen nicht zutage, aber sie sind es, die das Defizit der reformistischen Zeitungen decken. Natürlich sind die drei Bankiers von einer dichten Schar von Industriellen und Kaufleuten umgeben, deren Namen man hinter all den genossenschaftlichen Unternehmungen der sozialistischen Partei in Oberitalien findet. Diese Leute stellen das Lebensmark der sozialistischen Partei dar. Sie* schießen den Arbeitsgenossenschaften das Geld vor, diskontieren ihre Wechsel und haben auf diese Art eine vorteilhafte Geldanlage für ihre Kapitalien. Dieser Umstand kann Licht auf die Anklage der Giolitti-Freundlichkeit werfen, die man gegen die sozialistische Parlamentsfraktion erhebt . . . Diese Abgeordneten sind nicht in der Lage, ein Ministerium radikal zu bekämpfen. In der Emilia, der Lombardei und Ligurien sind bedeutende Genossenschaften entstanden, die Hunderte von Millionen Umsatz haben. Allein in der Provinz Reggio ist eine Kooperative, die den Bau einer Eisenbahnstrecke übernommen hat, und zwar zu Bedingungen, die manche für die Bahnverwaltung für vorteilhaft halten . . . Hier ist nicht alles glatt. Einige dieser Abgeordneten sind, besonders in der Emilia, bei diesen Unternehmungen, die trotz ihres genossenschaftlichen Charakters nicht aufhören, Geschäftsunternehmungen zu sein, angestellt oder anderweitig beteiligt. Außerdem bin ich nicht so naiv, zu glauben, daß eine für die Arbeiter so liebevolle bürgerliche Regierung den Mut haben würde, Giolitti nach den Gründen seiner Großmut gegen die Genossenschaften zu fragen." Nachdem Labriola dann erklärt hat, er wolle keinerlei „Enthüllungen" machen, faßt er sein Urteil wie folgt zusammen: „In Oberitalien und besonders in der Emilia und Lombardei hat der Reformismus das proletarische Bewußtsein in den Wurzeln verdorben, hat vollständig den Unterschied zwischen gut und böse ausgelöscht und sich in eine große Organisation privater Interessen verwandelt. Ich zögere nicht zu sagen, daß ich weniger doktrinärer Differenzen wegen als aus moralischem Ekel aus der Partei ausgetreten bin."

Aus diesen einem konservativen Blatt abgegebenen Erklärungen leitet der Korrespondent des „Berliner Tageblattes" seine Korruptionsaffäre ab. Als ob Labriola, der gewiß noch nie in seinem Leben mit einer Insinuation hinter dem Berge gehalten hat, es verschwiegen haben würde, wenn er nur ein kleines Häkchen gewußt hätte, an das sich der Vorwurf der Käuflichkeit gegen einen sozialistischen Abgeordneten hätte anhängen lassen! Was Labriola meint, ist klar. Wenn er es in anderen Worten von einer anderen Tribüne herab gesagt hätte, könnte es sogar vom Parteistandpunkt aus verdienstlich sein. Er macht auf die Gefahr aufmerksam, die darin liegt, Interessenorganisationen unter den Arbeitern zu schaffen, die mehr von der Gunst der Regierung als von ihrem Kampf gegen das Unternehmertum zu erwarten haben. Er zeigt, daß jede industrielle Unternehmung in unserer Gesellschaft privatkapitalistische Interessen in ihren Bannkreis zieht, daß die schwere Verantwortlichkeit für diese Unternehmungen, die für die Arbeiter einen so großen Kraftaufwand und so große Hoffnungen verkörpern, lähmend auf die politische Wirksamkeit ihrer Vertreter wirken müssen. Diese Erwägungen sind von revolutionärer Seite oft gegen die Genossenschaftsbewegung geltend gemacht worden. Mit seinem unverkennbaren Geifer hat er ihnen Ausdruck gegeben. Aber von hier bis zur Korruption sozialistischer Abgeordneten ist ein gar weiter Weg, den der Korrespondent ganz aus eigener Tasche bestreitet. Wie die ominösen kleinen Mäuschen des Delirium tremens springen in seiner Phantasie die „verkauften" sozialistischen Abgeordneten herum, und was bei Labriola als beklagenswerte Folge eines falschen, zu Konzessionen nötigenden Systems erscheint, wird in diesem Tumult des Korrespondentenhirns zum rollenden Gelde und zur verkauften Überzeugung. Wie wärs mit einem Versuch, frühmorgens nüchtern zu telegraphieren?

Vom Arbeiterschutz der Blumengeschäftsangestellten.

In den Blumengeschäften, die auf den Vertrieb von Naturblumen und auf Naturblumenbindereien eingerichtet sind, dürften zurzeit etwa 10 000 bis 12 000 Personen in Lohnarbeit stehen, davon wohl 80 Proz. weibliches Personal. Genauere Daten sind aus der reichsamtlichen Gewerbestatistik nicht erhältlich, weil ein Teil dieses Personals in der handelsgewerblichen Untergruppe „Handel mit Blumen und Samen", der andere Teil aber in der Gruppe „Kunst- und Handelsgärtnerei, einschließlich der damit verbundenen Blumen- und Kränzbinderei, Baumschulen" gezählt worden ist. Das Personal dieser Blumengeschäfte wird in der Hauptsache mit der Herstellung von Bindereiarbeiten und nur ausnahmsweise auch beim Verkauf beschäftigt. Es untersteht aber dennoch auch den Arbeiterschutzbestimmungen des Handelsgewerbes, da alle Bindereiarbeiten für die unmittelbare Verwendung, den Verkauf im Laden, angefertigt werden. Sträuße, Kränze und andere Arrangements von lebenden Blumen können im allgemeinen nicht längere Zeit im voraus auf Vorrat gearbeitet werden. In der Regel werden die Sachen auf Bestellung angefertigt, und diese Bestellung steht in Abhängigkeit von Familien- und anderen Festlichkeiten, wodurch wiederum zuzeiten die Arbeiten sich häufen und die Angestellten dann weit über das Maß des Erlaubten hinaus beschäftigt werden. Die Gesetzesbestimmungen über die tägliche Mindestruhezeit, über die Mittagspause und über die Sonntagsruhe werden im allgemeinen so gut wie garnicht beachtet, nicht einmal die Bestimmung, die das Arbeiten während des sonn- und feiertäglichen Hauptgottesdienstes verbietet; in den Blumengeschäften ist es eine alte Gewohnheit, die zwei Stunden „durchzuarbeiten". Ferner mangelt es vollständig an der Gewerbeaufsicht, und demzufolge sind Arbeits- und Schlafräume vorhanden, die oft aller hygienischen Rücksichten entbehren. Wie die Gewerbeinspektoren, so kümmern sich auch die Polizeiorgane nicht darum, ob in den Blumengeschäften die Arbeiterschutzbestimmungen beachtet werden. Das wurde zum ersten Male allgemein bekannt, als vor vier Jahren die Gärtnerorganisation eine Sektion für die Blumengeschäftsangestellten schuf und in Berlin in bezug auf den Arbeiterschutz Nachforschungen anstellte. Da wußten weder die Angestellten noch die Betriebsinhaber etwas davon, und sie waren aufs höchste verwundert, als die Gärtnerorganisation sie darauf verwies. Aber auch im Polizeipräsidium war man so wenig unterrichtet, daß man anfangs unsicher war, ob die Angestellten den Bestimmungen über das Gewerbe oder denen über das Handelsgewerbe unterstehe. Erst seit dem vierjährigen Wirken der Berliner Sektion der Blumengeschäftsangestellten sind einige Besserungen eingetreten. Doch sind auch hier noch sehr große Mißstände vorhanden. Die Beteiligung an den Organisationsbestrebungen ist eine viel zu schwache; wenn nicht die Gärtner selbst die Überwachung in die Hand genommen hätten, dann stände es auch in den Berliner Blumengeschäften noch auf dem alten Flecke.

Außerhalb Groß-Berlins ist unter den Blumengeschäftsangestellten von Organisationsregungen überhaupt noch nichts bemerkbar. Und doch wäre das auch hinsichtlich der Lohnverhältnisse sehr notwendig, denn diese stehen für weibliche Angestellte etwa mit den Löhnen der Verkäuferinnen im Handelsgewerbe auf gleicher Stufe; dazu kommt häufig noch der Kost- und Logiszwang. Das Personal der Blumengeschäfte ist, wie schon erwähnt, zu etwa 80 Proz. weiblich; es rekrutiert sich zu einem Teile zwar aus Töchtern des bürgerlichen Mittelstandes, zum größten Teile aber aus den Arbeiterschichten. Es ist sogar anzunehmen, daß die Väter sehr vieler, d. h. einiger 1000 von Blumenbinderinnen gewerkschaftlich organisiert sind. Warum unterlassen sie es daher, auch ihre Töchter der gewerkschaftlichen Organisation zuzuführen? Womit können sie es verantworten, daß sie ihre Töchter den Mißständen ihres Berufes schutzlos und wehrlos preisgeben? Abseits der freigewerkschaftlichen Organisation ist bis heute noch von keiner Stelle ein Versuch gemacht worden, die Blumengeschäftsangestellten organisatorisch zusammenzuführen. Um so leichter müßte es darum sein, die im „Allgemeinen Deutschen Gärtnerverein (Sitz Berlin, Metzgerstr. 3) eingerichtete Sektion der Blumengeschäftsangestellten zu stärken. Möchten jetzt vor allem ein-

Am Webstuhl der Zeit.

Sozialpolitischer Roman in drei Büchern
von A. Otto Walster.

138. Fortsetzung.

„Der Herr Minister hätte sich können aufs Ohr legen", meinte auch der als Oberbefehlshaber fungierende General zum Platzmajor, nachdem er seinen Gast in einem Zimmer neben der Kommandantur untergebracht. „Polizei und Militär sind doch zwei verschiedene Dinge, und im Dienste der Polizei befindet sich der Soldat nicht wohl."

Raffmaus aber ließ sich dadurch nicht stören; nachdem er einen Ministerialsekretär zur Gegenzeichnung hatte kommen lassen, erließ er seine Mandate von da aus und verlangte Rapport über alle Vorkommnisse.

Die Dunkelheit begann schon hereinzubrechen und mit ihr der doppelte Schrecken einer im Aufstande begriffenen Stadt, als die Nachricht einlief, daß rings um die Findeisensche Fabrik ein vollständiger Gürtel von Barrikaden entstanden sei, von dem aus die heranrückenden Patrouillen durch Flintenschüsse zurückgewiesen worden. Der Kommandant schäumte vor Zorn bei dieser Nachricht und befahl, 6 Patrouillenführer sowie den sie kontrollierenden Offizier sofort in Arrest zu bringen und dem Kriegsgerichte zu übergeben. Auch Raffmaus eilte auf die erhaltene Kunde sogleich an die Seite des Generals und rief:

„Lassen Sie sofort, Herr General, diese Barrikaden mit Kanonen zusammenschießen und die Findeisensche Fabrik stark besetzen."

„In der Dunkelheit mit Kanonen vor eine Barrikade rücken? Das werde ich bleiben lassen, Exzellenz; dazu sind die Tage viel zu lang.

„Es ist der unerhörten Frechheit wegen."

„Die Leute werden schon wissen, worauf sie fußen, man muß den Leuten auch etwas zutrauen."

„Aber es gibt ein böses Beispiel, wenn nicht der erste Versuch von Widerstand sofort niedergeschmettert wird."

„Es mag ein böses Beispiel geben oder nicht, jedenfalls genügt es, wenn dieser Barrikadengürtel während der Nacht ordentlich im Zaum gehalten wird, daß er nicht weiter um sich greifen kann. Glauben Sie, daß mehr zu tun ist, so lassen Sie mir das Oberkommando abnehmen. Ich müßte ein paar Straßen demolieren, einige Tausend Mann opfern und die Fabrik in Brand schießen lassen. Wollen Sie das mit allen Folgen riskieren?"

„In solchen Fällen sollte man vor nichts zurückschrecken."

„So! Nun, dann suchen Sie sich den Mann, der das tut, ich gebe mich nicht dazu her."

„Es war ja nicht so gemeint, wenn Sie glauben . ."

„Denken Sie, Exzellenz, daß ich mein Geschäft verstehe?"

„Gewiß, gewiß, sonst hätten wir Sie nicht an diese äußerst wichtige Stelle berufen, wie Sie denken können."

„Nun, dann bitte ich auch, mir dieses Vertrauen zu bewahren und darnach zu handeln, bis Sie anderer Meinung geworden. Sehen Sie da, diese Leuchtraketen, die sich wie ein Stachelkreis erheben? Diese Leute wissen etwas vom Geschäft, aber ich werde sie morgen früh zerdrücken wie eine taube Nuß. Und nun, Exzellenz, entschuldigen Sie mich, jede Minute ist mir jetzt kostbar."

Bei Helene Howald waren inzwischen die „barmherzigen Schwestern", wie sie der Philosoph genannt, mit Zurüstung zu ihrer wichtigen Tätigkeit am Tage des Kampfes beschäftigt. Ihre Freunde ließen ihnen zuweilen einen aufmunternden Gruß oder, wenn es ging, einen flüchtigen Besuch zuteil werden.

Gegen Abend stellten sich Barth und Streit ein und meldeten mit größerer Ausführlichkeit die Begebnisse des Tages. Wegen der großen Hitze, die auf der Stadt lastete, hatte man sämtliche Fenster geöffnet und hörte deshalb ein fortwährendes Brausen und Summen, hier und da ein lärmendes Hurra und dann und wann Flintenschüsse.

„Wir werden wohl noch in dieser Nacht Arbeit bekommen," meinte Helene.

„Das glaube ich nicht," erwiderte der Advokat, „unsere Maßregeln sind so getroffen, daß wir alles beim hellen Tageslicht vollenden können."

„Ich habe rechte Sorge um meinen Bruder," bemerkte Fräulein Findeisen, „er hat mit meinem Vater eine heftige Szene gehabt und mag wohl sehr erregt sein, da er heute morgen gegen seine Gewohnheit ohne Abschied von mir gegangen."

„Er wird auf dem Lande sein bei dem Komitee," bemerkte Streit, „oder er ist bereits nach der Fabrik gekommen, wo er morgen früh und wahrscheinlich noch in dieser Nacht wichtige Pflichten zu erfüllen hat."

„Es wäre mir recht lieb, wenn er einen treuen und besonnenen Freund zur Seite hätte; seine Nerven sind seit langer Zeit in furchtbarer Aufregung," bemerkte Hermine weiter."

„Ich würde ihm gern alle meine Aufmerksamkeit widmen, die ich ihm in dieser Zeit schenken kann, wenn ich annehmen darf, daß ich ihm etwas helfe."

„Gewiß, Herr Advokat, es würde mir ein großer Trost sein."

„Ich eile, ihn zu suchen, Fräulein, verlassen Sie sich auf meine ernstliche Fürsorge."

„Sagen Sie ihm auch," fügte Elise hinzu, „daß ich ihn besonders bitten lasse, keiner verzweifelnden Stimme seines Innern Gehör zu schenken."

„Dank, tausend Dank, liebste Elise," rief Hermine, indem sie zu der Freundin hinlief und sie an sich preßte, „Du warst immer ein liebevoller Engel, auch wenn Du selbst Kummer und Sorge in Menge hattest. Und nun, Herr Streit," fuhr sie fort, sich zu dem Advokaten wendend und ihm die Hand reichend, „tun Sie das ihrige."

Streit küßte die kleine Hand und empfahl sich.

„Ich gehe mit Ihnen," rief Barth, und beide Männer eilten davon, die Frauen ihrer emsigen Arbeit überlassend.

Nur wenige Minuten waren vergangen seit dem Abschied der beiden Genossen, als man auf der Straße vor der Stadt Flintenschüsse, wilde Schreie, dann Pferdegetrappel und wildes Fluchen vernahm.

„Um Gottes willen!" rief Olga, „der Kampf geht hier los und wir sind ganz allein!"

Bei diesem Ausruf erinnerten sich erst die übrigen Frauen, in welcher ausgesetzten und gefährlichen Stellung sie sich befanden, die Arbeitswerkzeuge entfielen ihren Händen, und zitternd horchten sie auf das Geräusch in der Straße.

„Mein Gott, und ich habe nicht einmal das Tor schließen lassen," rief Helene, „und kein Diener, keine Dienerin im Hause!"

„Warten Sie, ich werde gehen," rief Olga gleich wieder ermutigt.

„Wir wollen alle gehen," riefen die anderen.

„Um Gottes willen nicht, da könnten wir gleich das Unglück selber heraufbeschwören," entgegnete Helene, ich selber will gehen."

Aber Olga war bereits fortgelaufen, eilte den Gang neben dem Garten entlang flüchtig wie ein Reh und hatte eben das eiserne Gittertor erfaßt, als ein Mann in den Garten eintreten wollte. Mit Riesenkraft, die ihr der Schreck verlieh, warf sie das Tor vor, sodaß der Eindringling zurückgeschleudert wurde und das Schloß einsprang.

mal die Gewerkschafts- und Parteigenossen, deren Töchter Blumenbinderinnen sind, sich ihrer Pflicht bewußt werden und ihre in den Blumengeschäften tätigen Töchter dem „Allgemeinen Deutschen Gärtnerverein“ zuführen.

Aus der Partei.

Ein Rändiger abgeschüttelt. Vor einiger Zeit sah sich der Vorstand des Sozialdemokratischen Vereins Dortmund genötigt, das Mitglied Oberhaus in der Mitgliederliste zu löschen. Es ergab sich die Notwendigkeit, der Öffentlichkeit zu zeigen, wer Oberhaus eigentlich ist. Die „Arbeiterzeitung“ deckte sein Sündenregister auf: „Streikbruch, Denunziation, merkwürdige Intimität mit der Polizei usw. Oberhaus klagte gegen Genossen Bayer, den Redakteur der „Arbeiterzeitung“, mit dem Erfolg, daß B. zu einer Woche Gefängnis verurteilt wurde. Jetzt ist in der Berufungsinstanz das Urteil aufgehoben worden. Dem Genossen Bayer wurde der Schutz des § 193 voll und ganz zugebilligt. Bayer habe sagen dürfen, daß Oberhaus nach seiner Überzeugung ein Denunziant sei, ein Judas, dem das Handwerk gelegt werden müsse. Dagegen durfte Bayer nicht von einem „Burschen“ sprechen, weswegen auf formale Beleidigung erkannt wurde. Wegen dieser formalen Beleidigung wurde Bayer zu 50 Mk. Geldstrafe verurteilt. Der Kläger Oberhaus muß ¼ der Kosten tragen. Die Anarchosozialisten, an die sich Oberhaus heranzumachen suchte, haben den Herrn nun auch preisgegeben.

Gewerkschaftsbewegung.

Die Tarifverhandlungen im Malergewerbe sind am 4. Januar in Berlin wieder aufgenommen worden. Über die bisherigen Verhandlungen haben wir berichtet, ebenso darüber, daß das Vertragsmuster von allen Parteien angenommen wurde, was die Voraussetzung für die weiteren Verhandlungen war. In der Verhandlung am 4. Januar wurde zunächst vom Vorsitzenden, Herrn v. Schulz, die Frage an die Parteien gerichtet, ob sich aus dem Vertragsmuster inzwischen Unklarheiten ergeben haben, die eine Berichtigung des Musters erforderlich machen. Selbstverständlich könne es sich nur um redaktionelle Änderungen handeln. Eine Debatte über die Auslegung der Bestimmungen zwischen den Parteien selbst soll nicht erfolgen, sondern die Unparteiischen wollten nur die Gründe der Differenzen entgegennehmen, um zu versuchen, eine Klärung über die strittigen Punkte herbeizuführen. Es werden nun von seiten beider Parteien eine Reihe Unklarheiten vorgebracht, bezw. Satzfassungen, die zu Mißverständnissen Anlaß geben können. Seitens der Gehilfenvertreter wird besonders die Einfügung der Bezeichnung, für Malerarbeiten beträgt der Lohn, für Anstreicherarbeiten beträgt der Lohn usw. beanstandet. Es wurde die Befürchtung ausgesprochen, daß auch diese besondere Aufführung der Berufsarten die Ausfüllung der Rubriken überall verlangt werden wird und dam[illegible] Verschlechterung des gegenwärtigen Lohnverhältni[illegible] treten wird. Nachdem die Debatte ihren Höhepunkt [illegible]gt, ziehen sich die Herren Unparteiischen zu einer Beratung zurück. Der Vorsitzende erklärt hierauf zu Protokoll: „Als seinerzeit die Klassen für Maler, für Anstreicher usw. eingerückt wurden, waren die Unparteiischen der Meinung, daß damit eine Lohnänderung nicht gewünscht wurde und daß damit keine Verschlechterung des Bestehenden eintreten darf.“ Weiter wird die Fassung des Tarifes bezüglich der Auslösung bei Landarbeit als unklar bezeichnet. Die Entscheidung der Frage wird mit der Lohnfrage im allgemeinen verbunden. Schließlich wird die Lohnfrage generell behandelt und sollen zunächst alle die Punkte hervorgehoben werden, durch welche aus dem künftigen Reichstarif eine Verschlechterung der bestehenden Verhältnisse gebracht wird, damit dieser Lohnausfall bei der Entscheidung über die Löhne besonders berücksichtigt werden kann. Über diese Verschlechterungen gehen bei Arbeitgebern und Arbeitnehmern die Meinungen weit auseinander. Schließlich wird von den Herren Unparteiischen die Frage gestellt, ob die Parteien einwandfreies Material hinter sich haben, um diesen Ausfall nachweisen zu können. Diese Frage wird verneint, doch wollen die Parteien solche Unterlagen für die weiteren Verhandlungen beschaffen. Die weitere Zeit wird mit Debatten über die Forderungen auf Verkürzung der Arbeitszeit ausgefüllt. Von seiten der Arbeitnehmervertreter werden alle Gründe hervorgehoben, die für die Verkürzung der Arbeitszeit sprechen, daß insbesondere die Ausdehnung der Großstädte eine Verkürzung unbedingt erforderlich macht. Seitens der Arbeitgeber werden die alten Gründe gegen eine Verkürzung betont. In der Nachmittagssitzung wird die Generaldebatte über die Arbeitszeit fortgesetzt, die Arbeitgeber lassen die Angriffe der Gehilfenorganisation über sich ergehen, die besonders mit statistischem Material aufwarten, ohne sich von ihrem ablehnenden Standpunkt abbringen zu lassen. Ihre Verteidigung ist sehr schwach und selbst die Ausführungen des christlichen Arbeitervertreters bleiben wirkungslos.

Die Tarifbewegung im Baugewerbe zieht weitere Kreise. Der zwischen dem Verband des Baugewerbes für München und dem Zentralverband der Glaser, Zahlstelle München, im August 1908 abgeschlossene Tarifvertrag, der bis 31. März 1910 Gültigkeit hat, ist von den Unternehmern gekündigt worden.

Zur Lage im Ruhrkohlengebiet. Am Sonntag hielten die Vertrauensleute des Bergarbeiterverbandes aus dem Ruhrbecken unter Vorsitz ihrer Verbandsleitung eine Konferenz ab, die sich über die kommenden Schritte in der Frage des Zechenarbeitsnachweises beriet. Der Verbandsvorsitzende Sachse hielt das einleitende Referat. Dann teilte er den Vertrauensleuten die Beschlüsse der letzten Konferenz der Vorstände der vier Bergarbeiterorganisationen mit. Diese Beschlüsse sind in dem schon veröffentlichten Aufruf der vier Verbände enthalten. Sachse forderte auf, die Frage der Erhebung eines Extrabeitrages mit in der Debatte zu erörtern, da es nicht mehr angehe, von der übrigen Arbeiterschaft Deutschlands Unterstützungen anzunehmen, ehe nicht die Bergarbeiter selbst ihre Opferwilligkeit für ihre eigene Sache gesteigert hätten! Ferner solle man dafür sorgen, daß dem jetzt wieder einsetzenden Überschichtenunwesen gesteuert werde. Die Bergarbeiter dürften nicht auf der einen Seite den Kampf propagieren, während sie auf der anderen Seite mithälfen, die Kohlenlager zu füllen. Ferner teilte Sachse mit, daß sich eine Konferenz der Vorstände der freien Verbände Deutschlands mit der Lage im Ruhrgebiet beschäftigt hatte. Auch hier sei den Bergleuten empfohlen worden, Geldmittel für den kommenden Streik aufzubringen. An den Vortrag knüpfte sich eine lange und lebhafte Debatte mit dem Ergebnis, daß der Vorstand des Bergarbeiterverbandes ermächtigt wurde, einen Extrabeitrag von monatlich 50 Pfg. auszuschreiben. Ebenso verpflichteten sich die Vertrauensleute, in ihren Zahlstellen für den vom letzten Verbandstag in Eisenach beschlossenen fakultativen Beitrag von 50 Pfg. pro Woche einzutreten. Bisher betrugen die Beiträge 40 Pfg. pro Woche; im neuen Statut, das mit diesem Jahre in Kraft getreten ist, ist der Staffelbeitrag mit dem Höchstbeitrag von 50 Pfg. vorgesehen. Eine Konferenz der Bezirksleiter des Verbandes von ganz Deutschland soll in den nächsten Tagen erwägen, inwieweit der Extrabeitrag für die mit schlechten Löhnen bedachten Bergreviere zur Durchführung gebracht werden soll. Betreffs des Überschichtenunwesens nahmen die Vertrauensleute eine Resolution an, in der die Bergarbeiter des Ruhrbeckens aufgefordert werden, die Überschichten zu meiden, weil diese auch einen normalen und wünschenswerten Aufstieg der Bergarbeiterlöhne in der kommenden besseren Wirtschafts-Konjunktur verhindern. Wo die Zechen einen Zwang bezüglich der Befahrung von Überschichten ausüben, sollen sofort Belegschaftsversammlungen einberufen werden, um gegen die Maßnahmen der Zechen zu protestieren und um die Bergarbeiter zu mahnen, den Wünschen der Zechen nicht Folge zu leisten. Die Vertrauensleute wünschten, daß die übrigen Verbände sich den oben genannten Beschlüssen anschließen möchten. Die Konferenz nahm noch andere Anträge an, die jetzt schon zu veröffentlichen nicht für opportun gehalten wurde. Man muß erfreulicherweise eingestehen, die Konferenz zeigte eine glänzende Einmütigkeit in der Annahme ihrer Beschlüsse, wie sie überhaupt zeigte, daß die führenden Elemente unter der Bergarbeiterschaft sehr wohl die Situation überschauen. Was den Arbeitsnachweis selbst anbelangt, so ist dieser mit dem 1. Januar in Kraft getreten, ohne daß eine besondere Erregung sich bei den Belegschaften bemerkbar gemacht hätte. Die Bergarbeiter richten sich nach den Beschlüssen ihrer Organisationen. Für sie konnte, nachdem die Organisationen vom Streik abgeraten haben, nichts anderes übrig bleiben, als ihre Kraft für den kommenden Streik aufzusparen.

Soll ein gegen Streikende gefälltes hartes Urteil korrigiert werden? Vor beinahe Jahresfrist fand in Düsseldorf ein Prozeß gegen eine Anzahl freiorganisierter ausgesperrter Hafenarbeiter statt, die mit christlich organisierten Streikbrechern einen Zusammenstoß gehabt hatten. Mehrere der organisierten Hafenarbeiter wurden zu empfindlichen Freiheitsstrafen verurteilt. Am härtesten betroffen wurde der Genosse Bernhard Richartz, der wegen eines angeblich geführten, gefährlichen Messerstiches zu 3 Jahren Gefängnis verurteilt wurde. Ein jeder, der Richartz — ein ruhiger und besonnener Mensch — kannte, traute ihm eine solche Tat nicht zu. Bei dem Durcheinander, das damals bei dem Zusammenstoß mit den mit Revolvern und Gummischläuchen bewaffneten Streikbrechern entstanden war, ließen sich später natürlich genaue Einzelheiten nicht mehr feststellen. Fortwährend seine Unschuld beteuernd, mußte Richartz ins Gefängnis. Schließlich gelang es aber seinem Verteidiger, die Einleitung des Wiederaufnahmeverfahrens durchzusetzen und so wurde am Weihnachts-Heiligabend Genosse Richartz nach etwa 16monatlicher Haft (einschließlich Untersuchungshaft) auf Anordnung der Staatsanwaltschaft vorläufig aus dem Gefängnis entlassen. Von weiteren Erörterungen der Sache wollen wir, solange noch das Wiederaufnahmeverfahren schwebt, einstweilen absehen.

Soziales.

Die Arbeitslosenversicherung in Groß-Berlin. Die Vertreter Berlins und seiner Vororte, nebst den Landräten der Kreise Teltow und Niederbarnim traten am Donnerstag im Berliner Rathaus zu einer Konferenz zusammen, in der die Frage der kommunalen Arbeitslosenfürsorge erörtert wurde. Einmütigkeit bestand darüber, daß diese Frage für den ganzen Bezirk einheitlich geregelt werden muß, dagegen gingen die Ansichten über den Rahmen der Fürsorge weit auseinander. Man will daher zunächst in einem Austausch von Schriften über diese Materie eintreten, womit die Lösung dieser brennenden Frage weit hinaus geschoben sein dürfte.

Weitere Folgen der Tabaksteuer. Die Firma Carl Julius Klein-Hamburg läßt die Arbeiter ihrer Filiale Vlotho (Westfalen) nur noch geringe Stückzahl arbeiten, sodaß für sämtliche Arbeiter eine große Lohneinbuße eingetreten ist. — In Brake (Lippe) läßt die Firma Engelhardt u. Biermann-Bremen ihre 30 Arbeiter seit Weihnachten nur noch 4 Stunden — bisher 10 Stunden — arbeiten.

Kann die Verweigerung von Streikarbeit mit sofortiger Entlassung bestraft werden? Ein bemerkenswertes Urteil fällte dieser Tage das Gewerbegericht in Lechhausen. In der dortigen Glühfadenfabrik traten die Arbeiter der Pumpstation wegen fortgesetzter Maßregelung organisierter Arbeiter in den Streik. Da von dem Fortbetrieb dieser Abteilung der ganze Produktionsprozeß des Unternehmens abhängt, suchte die Fabrikleitung durch Abkommandierung von Arbeiterinnen — die männlichen Arbeiter hatten sich geweigert — aus anderen Abteilungen nach der Pumpstation diese flott zu erhalten. Eine Arbeiterin, die nach der bestreikten Abteilung versetzt wurde, weigerte sich nun, Streikarbeit zu verrichten und verlangte Zurückversetzung an ihren alten Arbeitsplatz, da sie den Streikenden nicht in den Rücken fallen wollte und ihr auch verschwiegen worden sei, daß sie Streikarbeit verrichten sollte. Die Fabrikleitung hatte hierauf die Arbeiterin kurzerhand entlassen und zwar wegen beharrlicher Verweigerung der ihr übertragenen Arbeit. (§ 123, Abs. 3 G.-O.) Die entlassene Arbeiterin klagte nun beim Gewerbegericht auf Zahlung von 52 Mk. Entschädigung wegen kündigungsloser Entlassung. Durch Urteil wurde die beklagte Firma verpflichtet, an die Klägerin den eingeklagten Betrag zu zahlen. Maßgebend für die Verurteilung war neben § 157 B. G. B. auch § 119, wonach Verträge rückgängig gemacht werden können, wenn sie gegen Treu und Glauben verstoßen. Die Klägerin sei unter Verschweigung der näheren Umstände zur Eingehung eines Vertrages veranlaßt worden, den sie bei eingehender Würdigung des Falles nicht eingegangen wäre. Das Urteil hat nun eine Anzahl weiterer Klagen zur Folge.

Die Krise im Spiegel der Berliner Bautätigkeit. Professor Silbergleit, der Leiter des Berliner Statistischen Amtes, wird demnächst eine Arbeit über Bautätigkeit und Wohnungsmarkt veröffentlichen. Einem schon jetzt erschienenen Auszug, der die außergewöhnlich starke Einwirkung der Krise auf die Bautätigkeit in verblüffender Weise offenbart, entnehmen wir die folgenden Angaben: Für die Zahl der Baugesuche und Baugenehmigungen bedeutet das Jahr 1905 den Höchststand. Am stärksten tritt das Nachlassen der Bautätigkeit in den letzten Jahren in der Zahl der genehmigten Neubauten (Gebäude) hervor. Im Jahre 1905 sich noch auf 3269 stellend, fällt sie in den folgenden Jahren auf 3072, 2019, **1320**. Die Abnahme der Neubauten-Genehmigungen des letzten Jahres gegenüber 1905

„Donnerwetter,“ rief der Zurückgeschleuderte, „das war wirklich grob, einen solchen Empfang hätte ich mir hier nicht vermutet. Ich glaube, ich muß hier einige neue Gedankenbücher bekommen haben.“

„Sind Sie es denn, Herr Mensch?“ frug Olga durch das Gitter durch.

„Nun freilich, und Sie hätten das wohl etwas früher fragen können.“

„Na, so denken Sie an die unschuldigen Teller, Tassen und Gläser, die Sie gestern so unbarmherzig zerbrochen. Aber es tut mir leid, kommen Sie herein.“

„Nein, ich danke, ich bin jetzt für ein Weilchen versorgt. Ich kam in ganz guter Absicht, ich wollte Ihnen hier in den Garten einige zwanzig Scharfschützen legen, damit Sie ungestört arbeiten könnten. Es sind tüchtige Leute, mit denen ich eben eine Husarenpatrouille von der Straße vertrieben habe, damit sie mir nicht meine Arbeiter von der Stadt verscheuchen.“

„Hier, Herr Mensch, haben Sie meine Hand, ich habe es nicht mit Absicht getan,“ rief das Mädchen, und der Philosoph war von der Berührung der kleinen Hand so entzückt, daß er in seiner Aufregung das Mädchen an sich zog und einen Kuß auf ihre Lippen drückte.

„Aber, Herr Mensch. Sie sind ja ein ganz abscheulicher Mensch,“ rief Olga, und nur die Dunkelheit verbarg die purpurne Röte ihres Gesichts.

„Soll ich mich erschießen, sagen Sie nur ein Wort,“ rief der Philosoph, selber im höchsten Grade erschrocken über seine Unbeholfenheit.

„Ich werde Ihnen zu anderer Zeit meine Meinung sagen, jetzt seien Sie so gut und lassen Sie einige Leute zurück, den Abschied schenke ich Ihnen.“

„Ich begehe eine Dummheit heute abend, das weiß ich,“ rief der Philosoph verzweifelnd.

„Begehen Sie soviel Sie wollen, aber erst erfüllen Sie Ihre Pflichten, es ist jetzt wahrhaftig keine Zeit zu Dummheiten.“

„Das ist wahr! Holla! 20 Mann vor. Ihr besetzt diesen Garten. Kein Mensch darf ohne Erlaubnis der Gegenäußerin, die dort in den erleuchteten Fenstern zu finden ist, herein. Erich Schlegel, Sie haben heute eine schlimme Geschichte angerichtet, Sie bürgen mit Ihrem Kopf für die Sicherheit des Hauses, und wenn Sie Ihren Auftrag getreu vollzogen, sollen Sie morgen wie ein unschuldiges Kind dastehen. Gute Nacht!“

„Gute Nacht!“ sagten nur wenig Menschen diesen Abend in der Hauptstadt. Es wogte und brauste, klirrte und lärmte in den Straßen trotz Belagerungszustand und Standrecht, Polizei, Nachtwächtern und Patrouillen. Hinter dem von Truppen umringten Barrikadengürtel aber, in der Findeisenschen Fabrik, rauchten die Essen, hämmerten die gewaltigen Dampfhämmer, klirrte das Eisen und zischten die Feuer wie nie zuvor in der Blütezeit der Fabrik. An den Dampfmaschinen aber saß der Zeitgeist mit seinen ehernen Zügen und schmiedete die Räder der Zukunft.

17. Kapitel.

Auf den Barrikaden.

Noch kämpften die ersten Strahlen der früh heraufsteigenden Morgensonne mit den Nebeln des Morgens und einigen schweren Wolken, die der West über Nacht gebracht und die so trotzig und düster aussahen, daß man Zweifel empfand, ob dieser Kampf der Allesverklärerin siegreich ausfallen würde. Aber nach und nach drang das goldene Rot durch eine schwache Stelle, glühte darinnen mit feurigem Rot, dann säumte sie lichtgelb die dünneren Ränder und zeichnete die feinsten Striche in das umgebende Blau, daß dort alles aussah wie ein golddurchwirkter Teppich, auf dem sich die Figur des Ungeheuers grell abzeichnete mit dem dunkleren Grundton und den brillanteren Lichtreflexen. Aber die Strahlen der Sonne wirkten auf die Luftschichten, die hoben langsam das Ungeheuer, und bald schwebte es am Horizonte nur noch wie ein dunkler Punkt.

„Die Barbarei flieht vor der Sonne der Aufklärung,“ murmelte Lange, der mit dem ersten Strahl der Sonne erwacht und nach dem Glockenturm des Hauptgebäudes gestiegen war, von dem aus er die halbe Stadt und einen Teil der Umgebung überblicken konnte. Aber welche Kämpfe kostet es, wie viel Opfer! Wieder stehen wir an der Schwelle vieler blutiger Zusammenstöße, bei denen ein Teil der Nation freiwillig eintritt für das, was er für recht hält, und der andere dagegen wütet — weil er muß. Im Namen des Königtums von Gottes Gnaden würgt ein Bruder den anderen. Und wenn ein König von Gottes Gnaden dem anderen König von Gottes Gnaden räuberisch ins Land fällt, ihm dieses und die Krone nimmt, so ist es auch mit Gottes Gnaden geschehen, und wenn die Landesbewohner oder ihre Beamten nicht schnell genug sich in das neue Gottesgnadentum hineinzufinden und ihre alten Schwüre zu vergessen vermögen, dann wird der Gottbegnadete höchst ungnädig, läßt arretieren und erschießen. Denken denn die Leute, man kann einmal ein Institut als ein heiliges und ein andermal als einen Mummenschanz ansehen, sein Gewissen wechseln wie ein Paar Handschuhe? Und heute bekämpft der Liberale im Namen des Königs den Konservativen und morgen ist's umgekehrt. Eine rechte Komödiantenwirtschaft, und das Volk ist immer noch so unbegrenzt dumm, sich in Scharen, in unendlichen Massen zu diesem Spiele herzugeben, dafür zu leiden. Wenn erst einmal klare Begriffe überall ins Volk gedrungen sind, ist der ganze Witz vorbei, und ein Tor zweifelt daran, daß diese Zeit kommt. Aber sie kommt nicht ohne unser Zutun. Es muß dafür gekämpft werden, hier oder in weiter Ferne, gleichviel, womöglich überall, und wer es kann, der soll es tun. Geist der echten, wahren Menschheit, schwebe Du heute freundlich über unseren Fahnen, laß uns der Freiheit eine Gasse brechen!“

Im Innersten seiner Seele tief bewegt, stieg der Schriftsteller hinab. Das Lärmen, Hämmern und Pochen hatte die ganze Nacht über nicht aufgehört, die Arbeiter hatten sich abgelöst, und die Schläfer lagen im Freien oder in den geleerten Magazinen auf dem Stroh. Mitten im Hof war ein Feuer angezündet, und in demselben brodelte das Wasser eines Kessels von 20 Wasserkübeln Inhalt. In dieses Wasser schüttete man etwa 20 Pfund zerstoßenen Kaffee, dessen Duft bis zu den höchsten Fenstern der benachbarten Gebäude emporstieg.

Selbst der kommandierende General der Stadt, welcher mit dem Frühesten in Begleitung einiger Stabsoffiziere, sowie des Herrn Howald und des in Ansehung der von den Aufständischen gewählten Position wichtig gewordenen Herrn Findeisen, zur genaueren Inspizierung in der Nähe des Barrikadengürtels angelangt war, bemerkte den Mokkageruch und meinte:

„Die Leute da drüben scheinen bereits beim Kaffee zu sein.“

„Bei ihrem letzten jedenfalls,“ fügte Howald hinzu.

„Wie es jetzt den Anschein hat, allerdings,“ entgegnete der General. „Ich muß gestehen, daß mir der gestrige Anfang einigermaßen imponiert hat; aber nachdem sie sich die ganze Nacht mit einigem Waffenschmieden begnügt und keine Verbindung mit außen, wenn auch unter noch so schweren Kämpfen zu gewinnen versucht, ist mir ihr Treiben nicht verständlich. Wenn 1200 Mann in der Fabrik und Umgebung liegen, ist es viel, Zuzug ist nach meinem Dafürhalten bei den getroffenen Maßregeln gar nicht mehr möglich; Ihre Fabrik, Herr Findeisen, wird dabei zugrunde gehen, denn ich lasse Bomben hineinwerfen, bis kein Stein mehr auf dem anderen steht und spare dadurch das Blut meiner Leute.“

(Fortsetzung folgt.)

beträgt sonach nicht weniger als 1949, und es stellt die neueste Zahl nur 40,4 vom Hundert derjenigen von 1905 dar. Im Jahre 1909 scheint die Aussicht auf den Wiederbeginn einer lebhafteren Bautätigkeit sich ein wenig gebessert zu haben. Die bisher vorliegenden Zahlen für die Monate Januar bis September ergeben für die genehmigten Neubauten den Gesamtbetrag von 1216 gegen 937 im gleichen Zeitraum von 1908. Insbesondere stellten sich die Zahlen für das erste Vierteljahr von 1909 auf 413 gegen 349 im Vorjahre, im zweiten auf 423 bezw. 300, im dritten Vierteljahr auf 380 bezw. 288.

Die Wohnungsproduktion nahm von 22 303 im Jahre 1906 auf 14 110 in 1907 und 11 156 in 1908 ab. In den nächstvorhergehenden Jahren zurück bis 1902 hatte die Produktion betragen 20 162 (1905), 19 827, 14357, 10 840. Die Zahl der neuentstandenen kleinen Wohnungen mit höchstens zwei Zimmern nahm ab von 18 863 (1906) auf 12 059 und weiter auf 9347, die der mittleren Wohnungen mit drei oder vier Zimmern von 3067 auf 1828 und 1503, die der größeren Wohnungen mit fünf und mehr Zimmern sank zunächst von 373 auf 223, stieg aber im folgenden Jahre (1908) wieder auf 306. Die Zahl der unvermieteten Wohnungen stieg trotz der Abnahme der Wohnungsproduktion; sie belief sich

1909	auf	25 352
1908	„	17 829
1907	„	13 107
1906	„	10 674
1905	„	8 406
1904	„	5 918
1903	„	4 877
1902	„	2 880
1901	„	2 101

Hiernach ist seit Anfang des Jahrzehnts eine fortdauernde Steigerung des Wohnungsangebots zu verzeichnen, die besonders in den letzten Jahren an Lebhaftigkeit zunahm. Von den überhaupt vorhandenen Wohnungen blieben unvermietet anfangs 1906: 2,03 v. H., 1907: 2,40 v. H., 1908: 3,18 v. H., 1909: 4,43 v. H. Über die Bewegung der Mietspreise sind im Auszuge aus der Silbergleitschen Arbeit noch keine Angaben enthalten, indessen dürfte trotz Überangebot von Wohnungen ein Sinken der Mietspreise nicht eingetreten sein.

Amtliche Erhebungen über die Arbeitsverhältnisse der Anwaltsangestellten will nunmehr die Regierung veranstalten. Schon vor 10 Jahren hat der Reichstag eine Resolution angenommen, in der die Regierung ersucht wurde, tunlichst bald einen Gesetzentwurf zum Schutze der Bureauangestellten vorzulegen. Sodann hat am 4. November 1908 der Reichstag, einem Kommissionsantrage entsprechend, dem Reichskanzler eine Reihe Petitionen, betreffend die Regelung der Rechtsverhältnisse und der Lohnverhältnisse, zur Berücksichtigung überwiesen. Ende November wandte sich nun der Staatssekretär Lisco an den Anwaltsverein in Leipzig mit einem Anschreiben, in dem er den Verein ersucht, ihm einige Rechtsanwälte namhaft zu machen, mit denen er als Vertreter des Anwaltsstandes sich in mündlicher Verhandlung über Inhalt und Umfang der Erhebungen besprechen könnte, um beurteilen zu können, ob gesetzliche Maßnahmen in der Tat angezeigt seien. Daraufhin hat der Vorstand des Verbandes der Bureauangestellten und Verwaltungsbeamten der Krankenkassen und Berufsgenossenschaften an den Staatssekretär das schriftliche Ansuchen gestellt, auch Vertreter der Angestellten der Rechtsanwälte zu hören, denn würden die Rechtsanwälte in dieser Sache allein gehört, so wären sie tatsächlich Richter in eigener Sache. Zu solcher selbstverständlichen Ansicht kann sich die deutsche Regierung bei amtlichen Erhebungen über Arbeiterverhältnisse anscheinend von vornherein nicht aufschwingen. Erst auf das Anschreiben von seiten der Bureauangestellten erteilte der Staatssekretär den Bescheid, daß auch die Bureauangestellten einen Vertreter stellen können. In einer Besprechung dieser Angelegenheit weist das Organ der Bureauangestellten mit Recht darauf hin, daß gerade vom Reichsjustizamt erwartet werden mußte, daß es die Grundsätze der deutschen Rechtspflege auch hier anwendet und mit den Parteien kontradiktorisch verhandelt.

Arbeiterwohlfahrtspflege im Zechenrevier. Neben mancherlei sogenannten Wohlfahrtseinrichtungen innerhalb des Betriebes preisen große Betriebe und Werke ihre für die Arbeiter erbauten Wohnungen als Vollkommenheit sozialer Arbeiterfürsorge. Der Arbeiter soll in dieser vom Unternehmer errichteten Arbeiterkolonie für billiges Geld eine saubere und gesunde Wohnung erhalten. Wie es mit den hygienischen Zuständen dieser Wohnungen steht, ist schon oft öffentlich dargetan worden, letzthin erst durch den Radbodprozeß. Doch die wirtschaftspolitische Bedeutung dieser Art Wohlfahrtspflege ist eine noch weit größere. Als Mieter einer solchen Wohnung muß sich der Arbeiter einem Mietsvertrage unterwerfen, der den freien Arbeitsvertrag fast völlig aufhebt. Von der sonst für den Industriearbeiter allgemein üblichen Lösung des Arbeitsvertrages nach voraufgegangener 14tägiger Kündigung kann nicht mehr die Rede sein, da nach den Bestimmungen dieser Mietsverträge mit der Lösung des Arbeitsverhältnisses am gleichen Tage auch die Wohnung geräumt sein muß. Der Arbeiter wird es sich also zweimal überlegen, das Lohnverhältnis zu kündigen. Kündigt aber der Unternehmer das Arbeitsverhältnis, so sieht sich der Arbeiter mit seiner Familie in kürzester und meist zu sehr unpassender Zeit ohne Obdach. Diese Härte in den Mietsverträgen bei Werkwohnungen haben deshalb Gewerbeinspektoren, wenn sie als Gutachter für Fabrikordnungen um ihren Rat angegangen wurden, oft versucht auszumerzen; nicht immer mit Erfolg, denn eine gesetzliche Handhabung zur Beseitigung dieser rigorosen Bestimmungen gibt es nicht. So werden dem Mieter der Werkswohnung Bedingungen im Mietsvertrage aufgezwungen, die sonst in keinem Mietsvertrage zu finden sind.

Dafür bietet der vor uns liegende Mietsvertrag, den die Zeche „Kaiser Friedrich" zu Barop bei Dortmund mit den Mietern ihrer Arbeiterwohnungen abschließt, einen klassischen Beweis. Zunächst wird in dem Vertrage dem Vermieter, also der Zechenverwaltung, das Recht zuerkannt, den schuldigen Mietsbetrag dem Mieter, also dem bei der Zeche beschäftigten Bergmanne, vom verdienten Lohne abzuziehen. Weiter heißt es, daß, wenn der Mieter aus irgend einem Grunde nicht mehr bei der Vermieterin in Arbeit steht, der Mieter, wenn es der Vermieter verlangt, die Wohnung sogleich räumen muß, sich der sofortigen Exmission unterwirft und aller dagegen zu machenden Einwendungen sich ausdrücklich begibt. Eine gleiche Bestimmung ist für den Fall vorgesehen, wenn der Mieter sich an Arbeitseinstellungen beteiligt; sofort hat er die Wohnung zu räumen. Andere Bestimmungen besagen, daß der Mieter nur Kostgänger aufnehmen darf, die auf der Zeche beschäftigt sind, sollte er dem entgegen dennoch Kostgänger aufnehmen, die nicht auf der Zeche beschäftigt sind, so erhöht sich der Mietspreis um 6 Mk. pro Monat. Kleine Reparaturen im Betrage bis zu 6 Mk. hat der Mieter zu tragen. Alle Monat oder auch in kürzeren Zwischenräumen läßt die Zeche die Wohnungen revidieren; dabei sich herausstellende Mängel, die der Mieter herzustellen hat, muß er innerhalb 4 Wochen abhelfen, sonst läßt es die Zechenverwaltung auf Kosten des Mieters tun und zieht die entstandenen Kosten vom Lohn ab. Allen Anordnungen des Hausmeisters — der ein von der Zechenverwaltung geeichter Mann ist — muß der Mieter Folge leisten. Das sind so einige Bestimmungen aus dem Mietsvertrage einer Wohlfahrtseinrichtung. Sie zeigen einmal wieder, welche Fessel dem Arbeiter mit diesen Werkswohnungen angelegt wird. Neben reinen Hausagrarierinteressen treten an Stelle der vielgepriesenen Arbeiterfürsorge und der Wohlfahrtspflege: Aufhebung des freien Arbeitsvertrages, des Koalitionsrechtes, eines rechtlich gleichen Mietsvertrages und der Freizügigkeit des Arbeiters. Dabei wird es verständlich, daß die Herren Unternehmer sich für diese Wohlfahrtspflege „opfern".

Mit der Vermittlung landwirtschaftlicher Saisonarbeiter in Elsaß-Lothringen befaßten sich im Jahre 1909 die 4 landwirtschaftlichen Kreisvereine Altkirch, Gebweiler, Mühlhausen und Saargemünd. Insgesamt wurden 222 Arbeiter vermittelt, 197 männliche und 25 weibliche. Kontraktbrüchig wurden beim Kreisverein Altkirch 23 Proz. der Leute, Gebweiler 16 Proz., Mühlhausen 2,5 Proz., Sargemünd 5,4 Proz. Die Kosten der Vermittlung betrugen für einen Arbeiter 33—49 Mk. Die Unternehmer hatten für einen Arbeiter an die Kreisvereine zu zahlen 35—58 Mk. Die Arbeiter wurden meist von Agenten aus Galizien geholt.

Kommunales.

Kommunale Wahlrechtsverschlechterung und sächsische Behörden. Gegen die am 17. Dezember von beiden städtischen Kollegien in Ölsnitz i. V. beschlossene Wahlrechtsänderung hatten die drei sozialdemokratischen Stadtverordneten rechtzeitig Rekurs bei der Kreishauptmannschaft eingelegt. Begründet wurde der Rekurs, daß die gemeinschaftliche Sitzung beider Kollegien entgegen den Bestimmungen der Geschäftsordnung einberufen worden ist, und daß die Vorlage vor die gemeinschaftliche Sitzung gebracht worden ist, ohne daß der nach dem Ortsgesetz eingesetzte Verfassungsausschuß gehört worden wäre. Die Kreishauptmannschaft Zwickau hat die Beschwerde verworfen mit der Begründung, daß nach den Auslassungen des Stadtrats (!) die Einberufung der Sitzung ordnungsgemäß auf Anregung aus der Mitte der Stadtverordneten erfolgt sei, und daß es ganz im Willen des Stadtrates liege, ob er eine Gesetzesvorlage vorher dem Verfassungsausschuß überweise oder nicht. In welcher Weise der Stadtrat die Kreishauptmannschaft berichtet hat, ergibt sich daraus, daß gar keine Stadtverordnetensitzung stattgefunden hat, in welcher angeregt worden ist, eine gemeinschaftliche Sitzung beider Kollegien einzuberufen. Die Beschwerdeführer werden den Entscheid des Oberverwaltungsgerichtes anrufen.

Wie lange werden die Kohlenvorräte unserer Erde reichen?

Von Professor A. Binz. *)

Wie viel Kohle und wie viel Eisenerz noch zur Verfügung stehen, hängt einmal von der Ausdehnung der Bodenschätze ab, die sich geologisch ermitteln läßt, und zweitens davon, bis zu welcher Tiefe man sie ausbeuten kann. Da die Temperatur nach dem Erdinnern zu um etwa 30 Grad Celsius per Kilometer steigt, so wird das Arbeiten um so beschwerlicher, je tiefer man dringt. Bei 1336 Metern ist es schon 43 Grad warm. Mit einem Bohrloch von 2003 m, das sich in Oberschlesien befindet, hat man einstweilen das Maximum erreicht. Wenn auch vielleicht durch die Technik der Ventilation noch größere Tiefen zugänglich werden sollten, so dürften doch die Schätze jenseits einer gewissen Grenze immer unerreichbar bleiben. Als normale Tiefe kann man 1500 Meter annehmen. Unter dieser Voraussetzung gelten für die Zeiträume, innerhalb deren man Steinkohle in dem heutigen Maßstab wird fördern können, in den verschiedenen Ländern folgende Zahlen:

Zentralfrankreich Böhmen Provinz und Königreich Sachsen Nordengland	100 bis 200 Jahre
Waldenburg-Schatzlarer Revier (Österr.) Nordfrankreich Die übrigen englischen Kohlenfelder	200 bis 300 Jahre
Saarbrücken Belgien Aachener Revier Ruhrgebiet Nordamerika	600 bis 800 Jahre
Oberschlesien	mehr als 1000 Jahre

Die Vorräte an Eisenerzen haben Törnebohm und Sjörgen geschätzt:

	Millionen Tonnen
Deutschland	2200
Rußland	1500
Frankreich	1500
Vereinigte Staaten Nordamerika	1100
Schweden	1000
Spanien	500
England	250

Die Gesamtmenge der erreichbaren Eisenerzvorräte der Erde dürfte etwa 9000 Millionen Tonnen betragen, wovon für eine jährliche Eisenproduktion von 50 Millionen Tonnen 100 bis 150 Millionen verbraucht werden. Nach den genannten Autoren müßte also der Vorrat schon vor Ende des 20. Jahrhunderts zu Ende gehen. Diese Schlußfolgerung dürfte aber insofern allzu pessimistisch sein, als sie nicht mit der Möglichkeit rechnet, daß man im Bedarfsfall auch Mineralien mit einem sehr niedrigen Eisengehalt verhütten wird, die heute garnicht als Eisenerze zählen. An solchen Gesteinen ist kein Mangel. Nach einer Schätzung von F. W. Claeke enthält die Erde bis zu einer Tiefe von 16 Kilometern unter dem Meeresspiegel 5,1 Prozent Eisen. Bei der riesenhaften Ausdehnung der Erdkruste ist das eine sehr beträchtliche Menge.

Allerdings wird der Übergang der Eisenindustrie wie auch der Kohlenindustrie von den jetzigen reichen Erz- und Kohlenlagern zu ärmeren von gewaltigen lokalen Erschütterungen des Volkswohlstandes begleitet sein, wie solche auf anderem Gebiet schon da waren. Die Engländer haben derartiges in der Textilindustrie durchmachen müssen, als im nordamerikanischen Bürgerkrieg (1861 bis 1864) die Südstaaten die Hilfe Britanniens dadurch erzwingen wollten, daß sie ihm keine Baumwolle mehr lieferten. Sofort stockte fast die ganze auf Spinnen, Weben, Drucken und Färben beruhende Industrie von Lancashire. Gleich zu Anfang waren 450 000 Arbeiter auf fremde Unterstützung angewiesen. 916 000 Pfund Sterling wurden aus den Sparkassen gezogen. 1862 betrug die Zahl der Unterstützten 500 000, die der vollkommen Brotlosen 247 000. In Manchester allein fallierten 1193 Firmen. Der Gesamtverlust von Arbeitern und Unternehmern wird auf 18 Milliarden Mark geschätzt.

Denkt man sich analoge Zustände durch Eisen- oder Kohlenknappheit hervorgerufen, so ergibt sich ein noch viel schrecklicheres Bild, denn sie sind wichtiger als Baumwolle.

Die Frage hat man betreffs des Eisens bisher nur in Schweden aufgeworfen und einstweilen damit zu erledigen gesucht, daß man vorschlug, die Ausfuhr schwedischer Erze solle verboten werden. Betreffs der Kohle dagegen hat man bereits ernsthafte Versuche zur Beantwortung jener Frage gemacht, da hier die Natur selber Auskunft gibt, indem sie auf die Wärme der Sonne und die Kraft der Wasserläufe als Ersatzquellen für die Wirkungen der Kohle hinweist.

Die Sonne hat die Bäume wachsen lassen, aus denen die Kohle geworden ist. Man könnte darum denken, sie werde uns aufs neue damit beschenken. Das ist leider nicht der Fall, denn wir verbrauchen an einem Tage so viel Kohle, wie sich nur in Aeonen bilden kann.

Die Zeit, welche zur Entstehung der Kohlenlager notwendig war, läßt sich abschätzen. Einmal aus der Dauer erdgeschichtlicher Vorgänge überhaupt. Man weiß, wie viel Salz im Meere ist und wie viel die Flüsse jährlich hinzuführen. Demnach waren etwa hundert Millionen Jahre nötig, um den Ozean auf seinen jetzigen Salzgehalt zu bringen. Noch älter erscheint die Erde, wenn man die Dicke sedimentärer Gesteinslager mißt und die Langsamkeit verfolgt, mit der sie sich fortdauernd neu bilden. Man kommt dann dazu, der Erde ein Alter bis zu 600 Millionen Jahren zu geben. Wenn diese Zahlen auch weit auseinandergehen, so stimmen sie doch insofern überein, als es sich stets um Millionen von Jahren handelt. Das gleiche gilt für den speziellen Fall der Steinkohlenbildung. Nach Ochsenius würde aus einem in hundert Jahren gewachsenen Hochwald kaum eine drei Zentimeter dicke Kohlenschicht entstehen. Ein einigermaßen mächtiges Kohlenlager kann sich demnach nur in einem Zeitraum gebildet haben, den Graßmann auf $2\frac{1}{4}$ Millionen Jahre veranschlagt. Die neueste Berechnung ist an Mineralien angestellt worden, welche mit Kohle zusammen vorkommen und einen analysierbaren Gehalt an Uran und an Helium haben. Da die Geschwindigkeit der Bildung von Helium aus Uranerz bekannt ist, so läßt die gefundene Heliummenge einen Rückschluß auf das Alter des Gesteins zu. Es ergab sich in dem speziellen Falle ein Minimum von 141 Millionen Jahren, so daß Graßmanns Schätzung viel zu niedrig erscheint.

Die Sonnenwärme wird den Menschen also keinesfalls in Form von hinreichend rascher Kohlebildung zugute kommen, umsoweniger, als die besonderen geologischen Bedingungen nicht mehr bestehen, unter denen die vorgeschichtlichen Wälder verwest sind. Sollte aber ein Mittel gefunden werden, um die Sonnenwärme in irgend welcher anderen Form auszunützen, so würde ihre Menge vollauf genügen. Die Erde empfängt auf einem Quadratzentimeter Oberfläche in einer Minute drei Grammkalorien Sonnenwärme, entsprechend $\frac{0{,}003}{7500}$ Kilogramm mittelguter Steinkohle, von der ein Kilogramm beim Verbrennen 7500 Kilogrammkalorien liefert. Da die Erdoberfläche eine Ausdehnung von 510 Millionen Quadratkilometer hat und zur Hälfte beschienen wird, so ergibt sich daraus und aus der Annahme einer jährlichen Weltförderung von 900 Millionen Tonnen Kohle, daß die Sonne in einem Jahre 584 000 mal mehr Wärme liefert, als durch Verbrennung jener Kohlenmenge erhalten wird. Könnte man also nur einen kleinen Bruchteil der Sonnenwärme aufspeichern, so wäre die Kohle entbehrlich.

Die Kraft der Wasserfälle nützt man bereits zum Treiben von Dynamomaschinen. In der Schweiz allein stehen nach Aron 750 000 Pferdestärken zur Verfügung, wovon 250 000 in Betrieb sind. O. v. Miller schätzt die disponiblen Wasserkräfte in Schweden auf zwei Millionen, in Frankreich, in den Alpen und dem Niagara auf je 10 Millionen Pferdestärken. Eine Pferdestärke nennt man die Kraft, die 75 Kilogramm in einer Sekunde um einen Meter hebt. Sie ist äquivalent $\frac{75}{424}$ Kalorie und der Verbrennungswärme von 766 Kilogramm mittelguter Steinkohle im Jahre. 32 Millionen Pferdestärken wären demnach äquivalent 24 512 000 Tonnen Kohle jährlich. Das ist etwa 27 Proz. des Weltbedarfs und demnach eine geringe Menge, die sich aber durch die volle Ausnützung der Wasserkräfte in allen Erdteilen in unabsehbarer Weise würde steigern lassen.

Sind somit die Aussichten für die Weiterentwicklung nicht gerade ungünstig, so ist ein gewisser Optimismus gerade in unserer Zeit um so berechtigter, als das Jahr 1898 eine ungeheure Überraschung gebracht hat, welche weitere große Erfindungen und Entdeckungen ahnen läßt. Eine uns gänzlich neue Naturkraft hat man gefunden, obgleich man voraussetzen durfte, die irdischen Kräfte seien lange bekannt, da man sie als Schwere, Gewitter, Wind und Feuer scheinbar notwendigerweise verspüren muß. Trotzdem blieb die Kraft des Radiums bis zu seiner Entdeckung durch das Ehepaar Curie verborgen, weil der Kubikmeter Erdkruste an den meisten Stellen nur acht Millionteilmilligramm dieser Substanz enthält und weil die Kraftentfaltung nur langsam von statten geht. Erst als in der Pechblende der Joachimstaler Hütte ein Mineral gefunden wurde, aus dem sich zwar auch nur sehr geringe, aber doch wägbare Mengen Radium fabriksmäßig isolieren ließen, wurden die Eigenschaften dieses Stoffes der Beobachtung zugänglich. Und dabei zeigte sich das über alle Maßen Erstaunliche, daß das Radium in andauernder Umwandlung begriffen ist, als deren Folge es per Gramm so viel Wärme entwickelt wie 500 Kilogramm Steinkohle bei der Verbrennung. Die Umwandlungsgeschwindigkeit hat sich messen lassen. Sie beträgt etwa 3700 Jahre. „Würde die Umwandlung plötzlich erfolgen, so müßte sie von den furchtbarsten Explosionswirkungen begleitet sein; wäre sie hingegen beliebig regulierbar, so würde ein Kilogramm Pechblende genügen, um einen großen Schnelldampfer über den Atlantischen Ozean zu führen."

Somit ist ein Stein der Weisen gefunden, dem fünfhunderttausendmal so viel Kraft innewohnt wie der gleichen Gewichtsmenge Kohle. Allerdings äußert sich diese Kraft derart langsam, daß sie im Vergleich zu der der Kohle einstweilen nur eine wissenschaftliche Kuriosität ist. Immerhin aber ist sie ein Wunder, und eine Zeit, die solch ein Wunder entdeckt hat, braucht an der Zukunft nicht zu verzweifeln.

*) Aus dessen in der Sammlung „Wissenschaft und Bildung" erschienenem Buche „Kohle und Eisen". 136 Seiten mit acht Tafeln und zahlreichen Abbildungen. In Originalleinenband 1 Mark 25 Pfennig. Verlag von Quelle u. Meyer in Leipzig.

Aus dem Gerichtssaal.

Ein Wunderdoktor und Geisterbeschwörer. Der frühere Krankenwärter und Mechaniker Adolf Gottschalk aus Halle a. S. stand vor der Strafkammer in Kassel, um sich wegen Betruges und fahrlässiger Körperverletzung zu verantworten. Gottschalk verbreitete unter der leichtgläubigen Landbevölkerung im Regierungsbezirk Kassel und im Kreise Hann.-Münden Zettel des Inhalts: „Kommen Sie zu mir! Ich heile Sie ohne Zweifel jedes, selbst das allerschlimmste Leiden, der größte Schmerz wird von mir geheilt! Täglicher Erfolg! Kein Schwindler! Heilkundiger, der Linderung, Heilung verschafft!" Und sie kamen — diejenigen nämlich, die aus Unverstand oder einem anderen Grunde

mehr Zutrauen zu dem ersten besten zugelaufenen „Wunderdoktor" als zu dem wissenschaftlich gebildeten Arzte haben. Sie kamen, brachten dem Gottschalk, der kein Schwindler sein will, ihr Geld, gingen von dannen und — — waren in den allermeisten Fällen so krank, ja vielleicht noch kränker als zuvor. Unter 64 Patienten, die der Staatsanwalt vernehmen ließ, war niemand, der durch den Gottschalk wirklich geheilt worden wäre! Wie Jesus Christus, auf den er sich berief (wohl in der Annahme, dieser sei der erste Wunderdoktor gewesen), reiste Gottschalk im Lande herum und ließ die Leidenden zu sich in irgendeine Wirtschaft kommen. Waren sie da, dann stellten sich auch „Geister" ein, aber diese wurden nicht etwa von dem Gottschalk beschworen, wie das bei Hypnotiseuren geschieht. Unser Wunderdoktor hatte seine eigene Methode, und so hatte es auch mit seinen heilkräftigen Geistern eine eigene Bewandtnis. Methodisten und ein Schutzmann haben, so erzählte er, behauptet, er arbeite mit bösen Geistern und Hexen, aber das ist natürlich Schwindel. Er richtet sich nur nach der Bibel und betet täglich zu Gott, daß er ihm die guten Geister tätig machen möge. Solche Bitte wird erhört — was sich ganz von selbst versteht! — und kommt nun der Patient, so setzt sich Gottschalk in angemessener Entfernung dem Patienten gegenüber, blickt unverwandt auf einen Punkt und schnackt mit den Fingern. Er sagt, er fasse in diesem weltgeschichtlichen Moment den festen Willen, daß die ihm von den guten Geistern übertragene Heilkraft in dem Patienten wirksam werde. Na, das geschieht denn natürlich auch, der Patient verspürt ein Ziehen, eine Art Ameisenkribbeln in den Gliedern. Nach drei bis vier Minuten ist „die Sache" fertig und der Patient kann getrosten Mutes von dannen gehen, natürlich erst, nachdem er 1 bis 2 Mk. als „Geschenk" abgeladen hat. Dieses sonderbare „Guten Geister"-, Fingerschnack- und Ameisenkribbel-Märchen schränkte der Angeklagte aber vor Gericht vorsichtigerweise dahin ein, er heile „durch die mir von Gott verliehene, mir innewohnende Kraft". Das mit den guten Geistern habe er nur „in Wahrnehmung berechtigter Interessen" erzählt, weil seine Gegner behaupteten, er stände mit bösen Geistern in Verbindung. Doch selbst mit der ihm „von Gott verliehenen Kraft" ist ein großes Aber verbunden. Erstens: „Wirkliche" Kranke müssen trotz der Gottschalk innewohnenden Kraft „etwas behandelt" werden. Zweitens: Es gibt auch Medikamente und zwar als unterstützende Heilmittel, von wegen der Gewohnheit der Landleute, in Krankheitsfällen Medizin zu erhalten. Gottschalks Medikamente nun bestanden in weiter nichts als diversen Kräutern und anderen homöopathischen Mitteln, für die er sich ganz horrend zu nennende Summen „schenken" ließ, wenn man bedenkt, daß er sich Beträge von 2—9 Mk. im Einzelfalle zahlen ließ, bei seinen Einkäufen aber selbst insgesamt nur etwa 35 Mk. für rund 12 Kilo der Kräuter usw. zahlte. Der Staatsanwalt hielt für erwiesen, der Wunderdoktor habe das Bewußtsein gehabt, daß das, was er trieb, Schwindel war. Es handele sich um einen Kurpfuscher, der als gemeingefährlich bezeichnet werden müsse. Der Gottschalk sei ein Mann, der aufs Land reise und die Leute um ihr Geld bringe. Er müsse exemplarisch bestraft werden um auf die anderen Kurpfuscher, die unser Land bereisen, abschreckend zu wirken. Deshalb beantragte der Staatsanwalt zwei Jahre Gefängnis und sofortige Verhaftung des Gottschalk. Das Urteil lautete jedoch auf nur neun Monate Gefängnis.

Aus Nah und Fern.

Eine nette Polizei. Aus Wittenberge wird berichtet: Kürzlich erst wurde der Polizeikommissar Wilke wegen Mißhandlung im Amte zu 200 Mk. verurteilt. Nun ist ihm in einer anderen gegen ihn schwebenden Sache die Anklageschrift zugegangen. Gleichzeitig ist auch eine Anklage gegen den Polizeiwächter Jänicke erhoben worden. Es handelt sich um Vergehen im Amte bei Vernehmungen usw., bei der auch Mißhandlungen, unerlaubte Drohungen und dergleichen vorgekommen sein sollen. Wegen gleicher Taten hat sich der frühere Wittenberger Wachtmeister Seifert bereits am 12. Januar in Neu-Ruppin zu verantworten.

Der Pantoffelheld in Frauenkleidern. Eine verdächtige Frauensperson wurde dieser Tage in Peitz bei Kottbus verhaftet: die Unbekannte gab bei ihrer Vernehmung an, sich in den letzten Wochen in Kottbus ihren Lebensunterhalt durch Austragen von Backware verdient zu haben. Aus allerlei Anzeichen wurde geschlossen, daß man es mit einem Manne zu tun habe; bei näherer Untersuchung bestätigte sich diese Vermutung. Der Verhaftete legitimierte sich als ein Bäckermeister aus Grünberg i. Schl. und erklärte, daß er schon seit November v. J. sich der Frauentracht bedient habe und im Lande umherziehe, um von seiner Frau nicht ermittelt zu werden; diese habe ihn durch schlechte Behandlung zur Flucht getrieben. Die sofort in Grünberg angestellten Ermittelungen ergaben die Richtigkeit der Angaben des Mannes; es liegt gegen ihn absolut nichts Strafbares vor, sodaß er wieder aus der Haft entlassen werden konnte.

Dynamitattentat gegen einen Schwachsinnigen. In Königshütte, Oberschlesien, wurde, dem „Berl. Tagebl." zufolge, nachts gegen den in der Wohnung seiner Stiefmutter schlafenden schwachsinnigen Arbeiter Stiller ein Dynamitattentat verübt. Gegen 11½ Uhr explodierte in der Schlafstube eine Dynamitpatrone, wobei Stiller lebensgefährlich verletzt wurde. Die Mutter befand sich während der Explosion nicht in der Wohnung. Das Mobiliar wurde völlig zerstört. Der Tat verdächtig erscheint der Grubenarbeiter Opermann, der mit der Mutter des Schwachsinnigen ein Verhältnis unterhält. Er gab zu, die Dynamitpatrone in die Wohnung gebracht zu haben, bestreitet aber, daß er sie zur Explosion gebracht habe.

Zu den Typhuserkrankungen auf dem Georgschacht bei Stadthagen (Schaumburg-Lippe), über die wir Ende Oktober v. J. berichteten, wird jetzt gemeldet, daß die eingeleiteten Untersuchungen zum Abschluß gekommen sind. Die Vertreter des fürstlichen Ministeriums der Verwaltungsbehörde der Kreise Bückeburg, Stadthagen und der Grafschaft Schaumburg, sowie des Bergwerks haben festgestellt, daß die Ursache der Epidemie in dem verunreinigten Trinkwasser zu suchen ist. Um der Verbreitung und dem Neuauftreten dieser Krankheit wirksamst entgegenzutreten, wurde beschlossen, eine neue Wasserleitung vom Bückeberge aus nach dem Georgschacht anzulegen.

Die Radbod-Sammlungen für die — Gerichtskassen. Bekanntlich klagten einige Radbod-Witwen auf völlige Auszahlung der gesammelten Hilfsgelder. Sie wurden aber mit ihrer Klage abgewiesen und verurteilt, die Kosten des Prozesses zu tragen. Da die Klägerinnen mittellos und außerstande sind, den Kostenbetrag zu zahlen, soll dieser bei Auszahlung der Renten in Abzug gebracht werden. Den Witwen ist folgender Bescheid des Regierungspräsidenten von Münster zugegangen:

Münster, den 2. Januar 1910.

„Der geschäftsführende Ausschuß
der Radbodspende.
Der Vorsitzende, Regierungspräsident.

Nach einer Mitteilung des Herrn Vorsitzenden des Ortshilfskomitees in Hamm i. W. sind in Ihrer Prozeßsache gegen die Mitglieder des Ortshilfskomitees in Hamm die den letzteren erwachsenen Prozeßkosten durch Gerichtsbeschluß auf 152,30 Mk. festgestellt. Diese Kosten sind von sechs Klägerinnen mit je 25,38 Mk. zu erstatten. Auf Antrag des Ortshilfskomitees soll dieser Betrag in der Weise von Ihnen eingezogen werden, daß die Ihnen im Februar 1910 zu zahlende Zusatzrente um 6,36 Mk. gekürzt wird. In den Monaten März bis einschließlich Mai wird die Zusatzrente um je 6,34 Mk. gekürzt werden. Der Betrag von 152,30 Mk. wird aus der Radbodspende vorschußweise an den Herrn Vorsitzenden des Ortshilfskomitees in Hamm gezahlt werden.

(Unterschrift unleserlich.)"

Kommentar überflüssig!

Eine Köpenickiade. Vor einiger Zeit kam ein schneidiger junger Mann zum Oberbürgermeister in Gelsenkirchen und stellte sich als Dr. jur. Reinhard vor. Er bat um die Erlaubnis, sich in die Verwaltung einarbeiten zu dürfen. Nachdem er den höheren Beamten vorgestellt worden war, erhielt er sein eigenes Zimmer und arbeitete ungefähr 4 Wochen lang. Hierauf verschwand er unter Hinterlassung großer Schulden. Reinhard wurde in Aachen verhaftet, wo er denselben Schwindel versuchte. Er ist nicht Dr. jur., sondern ein bekannter Schwindler und Hochstapler.

Steckbrief gegen einen Kaplan. Gegen den flüchtig gewordenen Kaplan Schulte aus Lüchtringen im Kreise Höxter ist ein Steckbrief erlassen worden. Kaplan Schulte soll verhaftet werden wegen Sittlichkeitsverbrechen. Schulte war früher Kaplan in Bochum und bekleidete dort den Präsesposten im katholischen Arbeiterverein.

Seine Frau erschlagen. Der Ehemann Loch in Duttweiler hat sich freiwillig der Polizei gestellt, weil er seine Frau erschlagen hat. Er suchte die Tat als Unfall hinzustellen, indem er angab, er habe Kohlen mit einem Hammer zerkleinert. Als seine Frau sich dabei bückte, habe ein unvorsichtiger Hammerschlag ihr den Schädel zerschmettert. Es wurde festgestellt, daß die Eheleute, die erst kurze Zeit verheiratet sind, ständig in Streit lebten, da der Mann seinen ganzen Verdienst für sich verbrauchte.

Mord. In Herbest (Kreis Recklinghausen) lauerte der Arbeiter Thiel dem Bauunternehmer Lünig auf und tötete ihn durch Messerstiche. Der Mörder wurde verhaftet.

Liebesdrama. In einem Hotel in Düsseldorf wurden der 25jährige Bankbeamte Ferdinand Roettger aus Mannheim und dessen Geliebte Paula Schweickhardt erschossen aufgefunden. Das Paar hat nach einem hinterlassenen Brief aus Lebensüberdruß Selbstmord verübt.

Der Saccharinschmuggel wird an der bayrisch-böhmischen Grenze mit einer erstaunlichen Ungeniertheit betrieben. So kam in Keining ein Bauernbursche, der mit Saccharin hausierte, auch zu Bauersleuten, deren Sohn, ein Grenzaufseher, gerade in Zivilkleidung zu Hause war und den Burschen zu dessen größter Verblüffung festnahm.

Ein Opfer seines Berufes. Der praktische Arzt Happel in Hanau ist an Blutvergiftung gestorben, die er sich bei einer Operation zugezogen hatte.

Das Athener Königsschloß steht in Flammen. Nähere Einzelheiten fehlen noch.

Sturmschäden in Ost und West. Nicht nur in Riga haben, wie gemeldet, die Stürme großen Schaden angerichtet. Auch aus Südeuropa und aus Amerika kommen Hiobsposten. Laut einem Telegramm aus Madrid wütete ein furchtbarer Sturm in den Bezirken von Cadix und Almeria. Mehrere Schiffsunfälle sind zu verzeichnen, auch sind zahlreiche Personen zu Schaden gekommen. Furchtbare Regengüsse richten weiteren Schaden an. — Wie aus Halifax berichtet wird, sind während eines heftigen Schneesturmes 17 Schifferbarken mit 26 Mann an Bord auf hohe See getrieben. Von den 17 Booten sind nur 8 aufgefunden worden; mehrere Dampfer sind mit Nachforschungen nach den übrigen beauftragt worden. Die Temperatur ist auf 23 Grad unter Null gesunken.

Verhaftung eines Juwelendiebes. Aus Amsterdam wird gemeldet: In der hiesigen Leihbank erschien eine Dame, die Juwelen von hohem Wert versetzen wollte. Auf die Frage nach der Herkunft erklärte sie, daß die Juwelen von einer französischen Dame zur Beleihung ihr übergeben worden seien. In die Enge getrieben, gestand sie schließlich ein, daß ein Deutscher, der bei ihr wohne, der Eigentümer sei. Die Polizei hielt sofort eine Haussuchung ab, traf jedoch niemand an. In der Nacht kam ein Automobil vor dem Hause vorgefahren. Ihm entstieg ein Herr, der von den auf der Lauer liegenden Polizisten nach der Wache geführt wurde. Man fand bei ihm 1200 Mk. Bargeld und in seiner Wohnung Gold und Brillantenschmuck im Werte von etwa 20 000 Mark. Der Mann gibt an, aus Düsseldorf zu sein, weigert sich aber, seinen Namen zu nennen. Die Amsterdamer Polizei glaubt es mit einem der internationalen Eisenbahndiebe zu tun zu haben, die besonders die Strecke an der Westgrenze Deutschlands unsicher machen. Die deutsche Polizei ist benachrichtigt worden.

Eine „Kultur"tat. In Montauban wurde gestern morgen im Beisein einer großen Menge, die die Nacht vor dem Richtplatze verbracht hatte, der Lustmörder Hebrard guillotiniert. Der Delinquent, der zwei kleine Kinder hinterläßt, beschwor seinen Advokaten, für die Namensänderung der Kinder zu sorgen, sie in eine andere Gegend zu bringen und alles aufzubieten, damit sie niemals den Namen ihres Vaters erführen.

Handels- und Marktnachrichten.

Hamburger Sternschanz-Viehmarkt vom 6. Januar.
Bericht der offiziellen Notierungs-Kommission.

Auftrieb 1370 Schweine. Der Markt wurde ziemlich schlank geräumt.

Es wurden gezahlt für 50 kg Lebendgewicht nach Abzug vereinbarter nebenstehender Tara: Beste schwere reine Schweine 70,50—71,50 Mk., 20 Proz. Tara. Schwere Mittelware 70,00—70,50 Mk., 22 Proz. Tara. Gute leichte Mittelware 69,50—70,50 Mk., 22 Proz. Tara. Geringere Mittelware 64,50—68,00 Mk., 24 Proz. Tara. Sauen nach Qualität 57,50—63,00 Mk. schw.

Literarisches.

Von der „Neuen Zeit" (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 15. Heft des 28. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Ein ehrlicher Galgen. — Das Kali-Zwangssyndikat. Von M. Nachimson. — Aus einem süddeutschen „Musterstaat." Von Julius Bruhns. — Unterseeboote in der deutschen Marine. Von Karl Radek. — Lebensverhältnisse der unteren Schichten in China. Von Chagrin (Stuttgart). — Literarische Rundschau: Professor Dr. August Fournier, Wie wir zu Bosnien kamen. Von Karl Radek. Alexander Bergengrün, August Freiherr von der Heydt. Von Hermann Wendel. — Notizen: Jugendausschüsse oder Jugendorganisationen? Von Franz Krüger, Königsberg i. Pr. — Zeitschriftenschau.

Kommunale Praxis, Wochenschrift für Kommunalpolitik und Gemeindesozialismus. Mit dem 1. Januar beginnt der 10. Jahrgang dieser Zeitschrift. Wir erwähnen aus dem Inhalt der ersten Nummer: Was lehren Arbeiterbudgets für die Gemeindepolitik? — Beamtenmaßregelungen wegen staatsfeindlicher Stimmabgabe bei Stadtverordnetenwahlen. — Talonsteuer. — Wertzuwachssteuer. — Darlehen statt Obligationsanleihen. — Die Ernährung der deutschen Schulkinder. — Volks- und Jugendspiele. — Lehrergehälter. — Errichtung einer Arbeitslosenversicherung. — Zur Reform des Armenpflegekostentarifs. — Strafrecht und Armenwesen. — Landüberweisung an Arme. — Armenunterstützung und öffentliche Rechte. — Berliner Rundschau. — Badewesen. — Aus den Berliner Vororten. — Ein Kommunalkonflikt. — Aus Baden. — Stadtverwaltung und Arbeitsnachweis. — Stettiner Schulwesen. — Wahlkampf in Elberfeld-Barmen. Kommunale Fragen in Zeitschriften und neuen Büchern. — Wahlterrorismus in Westdeutschland u. a. m.

Ein kurzer Blick auf die Inhaltsangabe einer Nummer läßt die Reichhaltigkeit und Wichtigkeit des gebotenen Materials erkennen. Durch ein jährlich erscheinendes Inhaltsverzeichnis sowie Sachregister wird die „Kommunale Praxis" zu einer unentbehrlichen Materialquelle für jeden Genossen, der in der Gemeindeverwaltung tätig ist. Abonnements zum Preise von 3 Mk. pro Quartal nehmen alle Postanstalten, Buchhandlungen sowie Zeitungsspeditionen entgegen. Probenummern sendet gratis und franko der Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68.

Atemgymnastik von Otto Rühle. Heft 21 der Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek. Zunächst werden in einem Kapitel: „Atmen und Atmungsorgane" die Grundlagen für eine rationelle Atemgymnastik gewonnen und wird die Bedeutung einer ausgiebigen Ventilation der Lungen gewürdigt. Darauf gibt der Verfasser an der Hand zahlreicher — mehr als 2 Dutzend — selbstentworfener Figuren eine anschauliche Anleitung zur Ausführung der Übungen: zur Ventilation der Lungenspitzen, nach dem Ablauf von Luftröhren-, Lungen- und Brustfellentzündungen, bei chronischer Stuhlverstopfung, bei Asthma, bei Freiluftbehandlung von Lungen-Kranken und so weiter. Wer diese Freiübungen täglich bei offenem Fenster, methodisch vom Leichteren zum Schwereren ansteigend, mit dem Verfasser mitmacht, wird nicht bloß seine Lungen, sondern ebenso Herz, Muskeln, Nerven, mit einem Wort den ganzen Menschen kräftiger und widerstandsfähiger machen — wird richtig ein- und ausatmen lernen, was nicht viele verstehen. Preis 50 Pfg., Volksausgabe 20 Pfg. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen sowie vom Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68.

Die Abendburg. Chronika eines Goldsuchers. Von Dr. Bruno Wille. Mit diesem Roman, für den der Verfasser von einem literarischen Komitee einen Ehrenpreis von 30 000 Mk. erhielt, beginnt die Zeitschrift „In Freien Stunden" den neuen Jahrgang. Der Roman ist bei seinem Erscheinen lobend besprochen worden. Es ist daher anzunehmen, daß die Leser der „In Freien Stunden" diesen Roman mit besonderem Interesse aufnehmen, und es wäre zu wünschen, wenn recht viele Parteigenossen und Genossinnen das Streben des Verlags, nur die besten Romane zum Abdruck zu bringen, unterstützten, indem sie für die weiteste Verbreitung der Wochenschrift „In Freien Stunden" agitieren. „In Freien Stunden" ist geschaffen worden, um die gemütvergiftende Schundliteratur aus den Wohnungen der Arbeiter zu entfernen. Jeder Arbeiter, der für die Verbreitung der Wochenschrift tätig ist, trägt mit bei zur Erreichung des durchaus erstrebenswerten Zieles. „In Freien Stunden" erscheint wöchentlich und kostet pro Heft 10 Pfg. Da Heft 1, in dem der Abdruck des Romans „Die Abendburg" beginnt, soeben zur Ausgabe gelangt, ist jetzt der günstigste Termin zum Anfang eines Abonnements. Zu beziehen durch alle Zeitungsausträger, Kolporteure, Spediteuren und Buchhandlungen oder direkt vom Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68.

Verantwortlicher Redakteur: Joh. Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer u. Co
Sämtlich in Lübeck.

Sofort eine Zweizimmerwohnung, Waschküche, gr. Keller, 180 Mark. Elisabethstraße 9a.

Zum 1. April eine kleine Hinterwohnung an Leute ohne Kinder Kahlhorststraße 1.

Zu vermieten 3. Etage, 3 Zimm. und Zubehör Wakenitzmauer 70.

Zum 1. April eine Wohnung zu vermieten.
W. Schuhr, Moisling.

Kleine Wohnung, 3. Etage, zum 1. April zu vermieten. Näheres Fackenberg 38a, part.

Zum 1. April eine 2-Zimmerwohnung. Kolk 20.

Zu vermieten zum 1. April eine
Zweistubenwohnung
mit Keller u. Stall. Preis 170 Mk.
Schönkampstr. 19a.

Ein blauseidener Damen-Maskenanzug (Marine-Admiral) zu verm. Wakenitzmauer 5a I.

Täglich frisch geräucherte fr. fette
Sprotten, Stück 50 Pfg.
J. Schmedtje, Schmiedestr. 27.

Die Neue Zeit
Wochenschrift der Deutschen Sozialdemokratie.
Redigiert von Karl Kautsky.
Die Neue Zeit erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen und Kolporteure zum Preise von Mk. 3.25 pro Quartal zu beziehen. Das einzelne Heft kostet 25 Pfg. Durch die Post bezogen beträgt der vierteljährliche Abonnementspreis Mk. 3.25 (ohne Bestellgeld). Bei direktem Bezug unter Kreuzband innerhalb Deutschlands und Österreich-Ungarns vierteljährlich Mk. 3.90, innerhalb des Weltpostvereins vierteljährlich Mk. 4.55.

Gute Eier
8 Stück 60 Pfg.
empfiehlt
Hans Pichelmann
Untertrave 69, Ecke Fischergrube.

Alle Sorten
Weine und Spirituosen
auch im Kleinverkauf u. Ausschank
empfiehlt
J. Höppner, Beckergr. 66.